

werkschaftsbürokratie hilft ja die Tarifverträge zu Paktbauverträgen zu machen. Und wenn die Arbeiter im Ruhrgebiet, in Berlin und in anderen Städten gegen den Paktbau kämpfen, wer steht dazu in einer Front? Die Arbeiterbarone, die Brüning, die Reichsminister-Schule und die SA. Wollt ihr wissen, wer das ist? (Sehr wohl! bei den Komm.)

Die Nazis haben allen Grund, diesen Pakt zu verurteilen. Die Arbeiter haben Angst vor diesen Anschlägen. (Sehr unterbricht den Genossen Albricht und erteilt ihm einen Ordnungsruf.) Aber ich lege von dieser Stelle aus:

Die deutschen Arbeiter werden den Goebbels-Garden so antworten, daß ihnen Hören und Sehen vergeht.

(Sehr und handeltatsächlich bei den Komm.)

Die Nationalsozialisten geben vor, den Kampf gegen die Young-Regierung zu führen. Aber wir fragen: Wer führt diese Politik der Young-Regierung in der Praxis durch? Sind es nicht alle Parteien von den Nationalsozialisten bis zur Sozialdemokratie? Der Sinn der Rede des Reichstagsredners bestand darin, daß in dieser Situation der Welt des Kapitalismus die deutsche Bourgeoisie sowohl die Nationalsozialisten, die Würdenträger des Kapitals, aber auch die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie braucht. Das deutsche Finanzkapital und die Brüning-Regierung weiß, daß in den nächsten zwei Monaten die Tarifverträge für sechs Millionen Arbeiter ablaufen. Brüning und das deutsche Finanzkapital verlangen zur Durchführung des Young-Pakts, daß die werktätigen Massen den Hungerriemen noch enger schnallen. In dieser Situation zeigt sich ein treffliches Zusammenspiel zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten in der Unterstützung der Pläne des Finanzkapitals.

Ich erinnere nur daran, daß im Ruhrgebiet die Svering-Polizei die streikenden Ruhrbergarbeiter niederschlug, und daß zur selben Zeit die SA-Garden mit der Polizei zusammen auf die Streikposten einschlug.

Das ist der gemeinsame Kampf von Sozialdemokraten und Nationalsozialisten zur Unterstützung der deutschen Kohlenbarone, zur Herauspressung der Young-Tribute aus den Knochen der Arbeiter. (Lebhafte Zustimmung bei den Komm.)

Ein Goebbels hat allen Grund, darauf zu verzichten, als erster Redner zu sprechen. Er hat Angst davor, seine Phrasen und Lügen zu widerlegen. Wir haben diesem Goebbels verschiedene Fragen gestellt, aber er antwortet niemals, er ist zu feige. (Sehr unterbricht den Genossen Albricht.) Wenn es in diesem Hause nicht gestattet ist, den Goebbels so zu charakterisieren, wie es sich gehört, dann werden wir es woanders tun. Und nicht nur mit Worten, sondern auch noch mit anderen Mitteln. (Beifall und handeltatsächlich bei den Komm.)

Die Nationalsozialisten fordern die Zwangsarbeit, damit die Millionäre noch weitere Millionen einstecken können.

Die Nationalsozialisten predigen die Reichstagsauflösung als Ausweg für die hungernden Werktätigen. Das werktätige Volk hat schon längst erkannt, daß der Reichstag lediglich eine Attrappe darstellt, und daß in Wirklichkeit die Großindustriellen und die Großgutsbesitzer die Politik in Deutschland bestimmen. Wir sagen deshalb dem arbeitenden Volk:

Es wird höchste Zeit, daß die Arbeiter den Kampf um Lohn und Brot, um Kampf um Arbeit und Freiheit, die Fabriken, den Grund und Boden, die Banken in ihre eigenen Hände nehmen müssen. (Handeltatsächlich bei den Komm.) Nur auf dem Wege der Organisierung der Volksrevolution, nur im Kampf um ein Sowjetdeutschland wird die deutsche Arbeiterklasse ihre deutschen und internationalen Sklavenhalter zum Teufel jagen.

Das Dritte Reich der Goebbels und Hitler ist das Reich der künftigen Sklaverei.

Nur ein Sowjetdeutschland bringt dem arbeitenden Volk Arbeit, Brot und Freiheit!

(Lebhafte minutenlanges Beifall und handeltatsächlich.)

Abgeordneter Goebbels (Nationalsozialist) wird von den Kommunisten mit stürmischen Zurufen empfangen. Es dröhnt durch den Reichstag: „So steht ein Arbeitermörder aus!“ Gerades jammervoll vor Goebbels Kritik am Brüning-Programm. Er entschuldigte sich bei Brüning persönlich wegen dieser Kritik mit dem Hinweis darauf, daß ja auch das Zentrum vor dem Kriege (!) die Anwendung der Kritik gelehrt habe.

Hg. Seemann (Soz.): Wir wenden uns gegen die nationalsozialistischen und kommunistischen Wunderdoktoren. Politische Wirren in Deutschland würden den Verlust weiterer Milliarden bringen. Die Bundesrat nach Brüning. Die Führung darf aber nur ein Ziel haben, deutsches Volk und deutsche Freiheit und deutsche Zukunft. (Beifall bei den Sozialdemokraten; kommunistische Zurufe: „Dipp, dipp, hurra!“)

Nach einigen Bemerkungen des Hg. Brüning (Deutschnat.) nimmt Reichsminister Dr. Brüning noch einmal das Wort, um mit den Deutschnationalen zu polemisieren. Gegen 19.30 Uhr wird die Aussprache beendet.

Die Gehaltsräuber werden immer frecher

Gleimig. Wie wir hören, hat der Arbeitgeberverband das Angebot der Angestelltenvereinigungen auf Kürzung der Gehälter ab 1. Februar nicht angenommen, sondern verlangt, daß die Kürzung ebenso wie bei den Arbeitern und in anderen Berufen bereits ab 1. Januar eintritt. Zur Regelung dieser Reibungsverschiedenheit betr. die Gehälter im Januar sind die Schlichtungsinstanzen angerufen worden.

Den Unternehmern ist beim Essen der Appetit gekommen. Warum sollen sie auch nicht auf ihren Forderungen bestehen, wenn sie sehen, daß selbst die Gewerkschaftsbürokraten sechs Prozent Gehaltsabbau vorgeschlagen haben. Viele Banken haben weit höhere Gehälter als der größte Teil der Angestellten in der Montanindustrie. Die Unternehmer haben auch zum Schlichter Vertrauen, und deswegen verbarren sie so hartnäckig auf ihren Forderungen. Die Angestellten haben das letzte Wort noch nicht gesprochen. Deshalb müssen sie alle Maßnahmen zur Verhinderung des Gehaltsraubes einleiten.

Ein Landjäger in Niesky erschossen! Schamlose Heke gegen die Kommunisten

3 Arbeiter ohne den Schatten eines Beweises verhaftet

Durch die gesamte Presse läuft dieser Tage die Meldung von der Erschießung eines Landjägers Scholz, die, ohne daß auch nur ein Schatten des Beweises dafür vorläge, den Kommunisten in die Schuhe geschoben wird. Es sind auch bereits einige Arbeiter verhaftet worden, unter anderem auch in Niesky, wo bekanntlich am vorigen Freitag die Nazis einen ihrer eigenen Leute niedergeschossen hatten. Jetzt geht uns aus Niesky der folgende Bericht zu.

Niesky, 5. Februar.

Am Dienstag, dem 4. Februar, um 14 Uhr, wurde auf der Straße von Niesky nach See der Landjäger Scholz aus Throna aus dem Gehäus durch einen Rauchschieß tödlich verletzt. Landjäger Scholz war in Begleitung des Oberlandjägers Veier aus Mülte. Das herbeigerufene Heberfallkommando aus Görzig nahm um 16.30 Uhr

eine Verriegelung und Durchsuchung des Geländes vor, aber ohne Erfolg. Die bürgerlich-sozialdemokratische Presse entsetzt nun ein unverkennbar wilde Kommunistenheke und schiebt diese neue Bluttat natürlich wieder den Kommunisten in die Schuhe. Obwohl schon heute sicher feststeht, daß ein Kommunist bei dieser Tat absolut nicht in Frage kommt, hat man am nächsten Tage wiederum 3 Genossen — Schuber, Boruffak und Robin — verhaftet und nach Görzig transportiert. Und diese Maßnahme wurde getroffen, trotzdem einwandfrei feststeht, daß eine Täterschaft bei diesen Genossen überhaupt nicht in Frage kommt, da deren Mibi mit Leichtigkeit nachgewiesen wurde.

Gegen diesen mißbräulichen Mißbrauch der Polizei und Staatsanwaltschaft protestiert die gesamte flößenbewußte Arbeiterklasse von Niesky und fordert die sofortige Freilassung der Verhafteten.

Frid raubt Kinderheim der Roten Hilfe

Elgersburg soll den Kindern der proletarischen politischen Gefangenen entzogen werden — Erkämpft die Aufhebung des faschistischen Terrorerlasses

Weimar, 2. Februar. Nazi-Frid hat soeben zu einem neuen, die thüringische Arbeiterklasse aufs tiefste empörenden Schlage gegen die Arbeiterbewegung ausgeholt. Mit folgender, an den Haaren herbeigezogenen „Begründung“ nimmt er die sechstägige Verpachtung des Rote-Hilfe-Kinderheims in Elgersburg an eine Bezirksparteihschule der KPD zum Anlaß, um den Kindern unserer 1100 proletarischen politischen Gefangenen das Heim zu entreißen.

Dem thüringischen Landtagsabgeordneten Genossen Zimmermann ging folgendes Schreiben zu:

Thüringisches Ministerium des Innern
III E 3101.

An den Landtagsabgeordneten Zimmermann.
Betr. Kinderheim Mopr in Elgersburg.

Wie polizeilich festgestellt, werden im Kinderheim der Roten Hilfe in Elgersburg politische Schulungskurse vom Bezirk Großthuringen der KPD abgehalten. Aus beschlagnahmten Schriftstücken geht hervor, daß sich die für den 11. bis 17. Januar 1931 im Kinderheim vorgegebene Bezirksparteihschule auch mit Fragen befaßte oder befaßt werden sollte, die als Vorbereitung zum Hochverrat zu betrachten sind.

Ein Kinderheim, das zu solchen Zwecken mißbraucht wird, bietet keine Gewähr für das geistige und sittliche Wohl der ihm anvertrauten Pflegekinder.

In Gemäßheit von § 13 Ziffer 8 in Verbindung mit §§ 2 und 29 des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922 (RGBl. I S. 633) wird deshalb die dem Kinderheim erteilte Erlaubnis zur Annahme von Pflegekindern hierdurch widerrufen. (gez.) Frid.

Zu diesem ungeheuerlichen Erlaß teilt uns der Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands mit: „Die kommunistische Partei

Deutschlands ist eine völlig legale Partei, deren Ziele allgemein bekannt sind. Es bestand, da das Kinderheim vorübergehend nicht belegt war, keinerlei Veranlassung, das Heim nicht für eine Woche gegen finanzielle Vergütung zu verpachten.“

Die ganze „Begründung“ dieser ausgesprochen faschistischen Terrormaßnahme der Nazi-Frids ist völlig willkürlich und an den Haaren herbeigezogen. Tatsache ist, daß trotz der Polizeiberichte auf die Teilnehmer des Schulungskurses der Kurfus zu Ende geführt werden konnte. Wäre, wie Frid es behauptet, Material zur „Vorbereitung zum Hochverrat“ gefunden worden, so hätte die faschistische Polizei selbstverständlich jede Fortführung des Kurses überhaupt unmöglich gemacht. Ebenso unhaltbar ist die weitere „Begründung“, daß „keine Gewähr für das geistige und sittliche Wohl der anvertrauten Pflegekinder“ geboten sei. Da keine Kinder im Heim waren, kann nur nach der faschistischen Logik des Herrn Frid das „geistige und sittliche Wohl“ nicht amosender Kinder gefährdet sein. Ueber das zurzeit verbotene Kinderheim der Roten Hilfe „Bauernhoff“ in Worpelnde liegen selbst aus bürgerlichen Kreisen höchste Anerkennungen des Gedeihens vor.

Dieser Erlaß ist ein ungeheuerlicher Skandal. Er soll ein Schulbeispiel für die einseitige Verfolgung aller revolutionären Arbeiterorganisationen geben. Ein Empörungsturm muß in allen Betrieben, Stempelstellen und Arbeiterquartieren gegen diesen faschistischen Terrorerlaß einziehen. In allen Straßen Deutschlands muß der Ruf aufgenommen werden:

Gebt den Kindern unserer proletarischen politischen Gefangenen das Kinderheim Mopr in Elgersburg wieder heraus! Der Sturm der Entrüstung der werktätigen Massen Deutschlands muß Nazi-Frid zur Rücknahme des Erlasses zwingen. Proletarische Solidarität wird auch den faschistischen Terror bezwingen!

Reichstongreß der werktätigen Jugend im roten Berlin

In allen Bezirken Deutschlands rüftet die werktätige Jugend zu den Bezirkskongressen der werktätigen Jugend. In den Betrieben, Berufsschulen, auf den Stempelstellen, im Dorf und auf dem Gut: wird im Kampf für die Forderungen der werktätigen Jugend ihre Einheitsfront geschmiedet.

Jungarbeiter aus der SA, den christlichen Jugendorganisationen, der Hitlerjugend reichen sich trotz der Heße ihrer Führer die Bruderhand zum gemeinsamen Kampfe unter dem Banner des kommunistischen Jugendverbandes.

Sie kämpfen gemeinsam gegen die Brüning-Regierung, gegen die Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur.

Sie kämpfen in geschlossener Front gegen Lohnraub, Arbeitsdienstpflicht, Wahlrechtsraub, für Arbeit und Brot, für Sowjetdeutschland. Sie bilden eine eiserne Front zur Verteidigung der Sowjetunion.

Dieser Kampf muß gesteigert werden, muß zu einer Lawine anwachsen, die alle Feinde der werktätigen Jugend hinwegfegt. Wir rufen daher die gesamte ausgebeutete und unterdrückte Jugend zum

Reichkongreß der werktätigen Jugend Deutschlands am 3. u. 4. April in Berlin

Dieser Kongreß kommt die Massen der unterdrückten und ausgebeuteten Jugend und ruft sie zur Volksrevolution gegen den Faschismus auf, zeigt ihnen den einzigen Weg aus Rot und Elend zu ihrer Befreiung. Nehmt daran Stellung in allen Betrieben, Schulen, Stempelstellen, Büros, auf dem Dorf, wählt Delegierte, bildet Kampfanschlüsse.

Jugendgenossen!

der 25. Februar, der internationale Kampftag der Erwerbslosen, muß zu einem gewaltigen Aufbruch zum Reichkongreß werden.

Offen marschieren die werktätige Jugend zu ihrem Reichsjugendtag im roten Berlin. Dieser Aufmarsch muß zu einer gewaltigen Kund-

gebung der gesamten ausgebeuteten und unterdrückten Jugend werden. Beteiligt euch in Massen.

Schließt die einheitsliche Kampffront unter dem Banner auf Lieblincks, des kommunistischen Jugendverbandes!

Zentralkomitee des kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands. — Reichsjugendleitung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. — Jugendkommission des Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands. Reichsjugendleitung der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit. — Reichsleitung der proletarischen Freidenkjugend. — Bundesleitung des Sozialistischen Schülerbundes. — Reichsleitung des Jugendaktives in der SA. — Reichsjugendleitung des Kampfbundes gegen den Faschismus.

An alle Ortsgruppen des R.J.V.

Die Bezirkskonferenz findet nicht wie vorgesehen am 7. und 8. Februar statt, da sich infolge technischer Schwierigkeiten eine Verlegung des Termins notwendig macht. Der genaue Termin geht den Ortsgruppen noch zu.

22. des R.J.V.D. Schlesien.

$$1 + 2 = 3 \quad \text{---} \quad 3 + 6 = 9$$

sagt Adam Riese. Wir auch! Der letzte Bezirksparteitag beschloß die Zahlung der Zahl der abgerechneten Mitglieder um 1000. Um 3000 wurde bisher schon der Mitgliederstand erhöht. Neues Ziel: weitere 3000! Das heißt, das bisherige Werbergebnis bis 1. Mai 1931 verdoppeln!

Schachtdelegiertenkonferenz für den niederschlesischen Bergbau

Sonntag, 8. Februar, 9 Uhr im „Zepter“, Ober-Waldenburg

Alle Schächte des Waldenburger und Neuroder Reviers sind aufgefordert, Delegierte zu entsenden

Der Faschismus will die finnischen roten Gewerkschaften vernichten

Am 3. Februar begann in Helsingfors (Finnland) der Prozeß gegen die der A.S.D. angeschlossenen Gewerkschaften. Der finnische Faschismus will das Koalitionsrecht völlig beseitigen.

Der allgemeine Angriff, der vom Faschismus im Jahre 1930 gegen die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiter entfaltet wurde, enthält ein besonderes Verfolgungskapitel gegen die Gewerkschaftsbewegung. Der Höhepunkt dieser Verfolgungen, deren Vorbereitung von Seiten der Bourgeoisie und der Sozialfaschisten zusammen mit Unterstützung der opportunistischen Renegaten bereits mehrere Jahre dauerte, war der Erlaß der faschistischen Regierung im Herbst 1930, wonach der finnländische Gewerkschaftsbund mit allen seinen Organisationen (etwa 1200) zur Verantwortung vor dem Gericht der faschistischen Diktatur gezogen wurde und wonach mit dem Tage der Veröffentlichung dieses Erlasses die Tätigkeit des Gewerkschaftsbundes eingestellt werden sollte. Die Verhandlungen waren für den 3. November 1930 festgelegt. Diese Verfolgungsmassnahme der faschistischen Regierung gegen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bedeutete einen frechen Angriff zur Verschlechterung der Lebenshaltung der ganzen Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie unterstützte diesen Angriff in jeder Hinsicht und war die rechte Hand der Faschisten bei der Zerschlagung der organisierten Kraft der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiter.

Die finnische Bourgeoisie hat im Verlauf von bereits 10 Jahren eine günstige Gelegenheit gesucht, um diese Festung des Wirtschaftskampfes der Arbeitnehmer zu zerstören. So wurde der Gewerkschaftsbund im Jahre 1921 im Norden Finnlands zur gerichtlichen Verantwortung gezogen, weil er einen großen Streik der Arbeiter wegen Lohnfragen geführt hat. Dieser Gewerkschaft wurde ein Prozeß gemacht, weil sie durch die Auslösung des Kampfes um Lohn angeblich „Landesverrat“ begangen haben sollte. Zahlreiche führende Genossen wurden in diesem Zusammenhang zu vielen Jahren Gefängnis und Festung verurteilt. Das war nicht der einzige Versuch der Bourgeoisie, die Gewerkschaftsbewegung wegen „landesverräterischer Tätigkeit“ anzuklagen. Fast bei jedem Wirtschaftskampf schlug die Bourgeoisie immer lautere Töne in dieser Frage an. In den letzten Jahren schloß sich diesem Geheul der Bourgeoisie über die staatsverräterische Tätigkeit der Gewerkschaftsbewegung immer lauter und offenkundiger die ganze Sozialdemokratie an. Die Sozialdemokratie ging sogar so weit, daß sie dazu übergegangen ist, die Funktionen der Gewerkschaftsbewegung der politischen Polizei auszuliefern. Dieser Politik der Demagogik schlossen sich dann später die opportunistischen Renegaten an. Somit entstand eine feste Einheitsfront der Renegaten, Faschisten und Sozialfaschisten gegen die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

Die Sozialdemokraten haben den Anweisungen der Bourgeoisie folgend, immer neue Versuche gemacht, Einfluß im Gewerkschaftsbund und auf die Führung zu gewinnen. Vergeblich. Die Arbeiter verstanden es jedesmal, die Versuche der Sozialfaschisten mit Erfolg zurückzuschlagen. Unter linker Führung erreichte die Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1929 auf dem Gebiete der Mitgliederzahl einen Stand, der mit Ausnahme des Jahres 1917 alles Dagewesene in Finnland übertrafen hat. Die Mitgliederzahl hatte die Ziffer von 92 000 Mitgliedern überschritten. Gleichzeitig war auch eine äußerst starke Entlastung der Tätigkeit der Gewerkschaftsbewegung zu verzeichnen.

Diese Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung veranlaßte die Laternen der Bourgeoisie, die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, den Gewerkschaftsbund zu spalten. Am 30. September und 1. Oktober 1929 fand in Helsingfors die sozialdemokratische Konferenz statt, die dann offen die Spaltung proklamierte. Aber aus der beabsichtigten Spaltung wurde nur die Abspaltung einer kleinen Gruppe. Die überwältigende Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder blieb beim roten Gewerkschaftsbund. Nun steigerte die Bourgeoisie den Klassen Terror. Nach dem berühmten Lappo-Marsch nach

Vier Arbeitslose wie Hunde niedergeschossen

Die böhmische Arbeiterchaft in wehhaftem Kampf gegen Polizeiwilddie

Prag, 5. Februar. In Prag veranstalteten die Arbeitslosen gestern nachmittag eine Kundgebung, in der sie ihre Forderungen an die tschechische Regierung demonstrierten. Eine Gewerkschaftsdelegation gab eine Rede in die Menge ab, die die Todesopfer forderte und eine Reihe anderer Erwerbsloser schmer verleihte.

Die aufs äußerste erbitterte Arbeiterchaft wählte sich auf die Gendarmen, entließ einigen die Karabiner und schlug mit den Gewehrköpfen auf die Gendarmen ein. Auch durch einen Hagel von Steinen wurden einige Polizisten verletzt. Ein kommunistischer Senator wurde verhaftet.

Diese blutigen Vorgänge haben die gesamte tschechische Arbeiterchaft mobilisiert.

In Prag war die Kundgebung der Arbeitslosen verboten worden. Als die Massen trotz des Verbotes demonstrierten, kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Ein Gendarm wurde verletzt. Die Polizei nahm 50 Demonstranten fest und verhaftete abends die gesamte Führung der kommunistischen Partei.

In Czex demonstrierten 300 Erwerbslose auf dem Marktplatz. Auch in Reichenberg, Gablung, Reudel Falkenau und Karlsbad fanden Kundgebungen statt.

Macdonald will die Arbeitslosen aushungern

Regierungskommission beschließt Kürzung der Unterstützungssätze — Krach im „Labour“-Lager

London, 5. Februar. Die von der Macdonald-Regierung eingesetzte Kommission zur Prüfung der Frage der Arbeitslosenunterstützung hat Vorschläge ausgearbeitet, und eine Aenderung angenommen die eine beträchtliche Kürzung der bisherigen Unterstützungssätze und andere „Sparmaßnahmen“ auf Kosten der Arbeitermassen vorsehen.

Die Frage der „Bekämpfung“ der Arbeitslosigkeit hat im Schoße der Parlamentsfraktion der „Arbeiterpartei“ heftige Konflikte erzeugt, die den wachsenden Gegensatz zwischen der sozialdemokratischen Parteibürokratie und den Massen widerspiegelt.

Der sogenannte linke Flügel wandte sich in einer Sitzung der Parlamentsfraktion mit aller Schärfe gegen die Arbeitslosen- und Wirtschaftspolitik der Regierung. Macdonald entgegnete auf die Vorwürfe des „linken“ Flügels, daß es in erster Linie Aufgabe der Regierung sei, die „Industrie zu organisieren“ und die „Gesamtlage der Wirtschaft zu verbessern“.

Eine Aenderung des Arbeitsloseneulden ergibt sich dann von selbst.

Die Diskussion in der Sitzung der Parlamentsfraktion nahm so scharfe Formen an, daß ein Verständigungsversuch vertagt werden mußte.

Bettelsuppen statt Brot und Arbeit

Präsident Hoover gegen Arbeitslosenunterstützung

Newyork, 5. Februar. Präsident Hoover hat sich in einer scharfen Erklärung gegen jede öffentliche Unterstützung der Arbeitslosen gewandt. Gleichzeitig hat er einen Beschluß des Repräsentantenhauses, dem „Knoten Kreuz“ zur Unterstützung der Arbeitslosen etwa 20 Millionen Dollar zu bewilligen, annulliert mit der Begründung, daß das „Knoten Kreuz“ und andere „Wohltätigkeits“-Organisationen nur aus „freiwilligen Beiträgen“ Unterstützungen leisten könnten.

Macdonalds „Wahlreform“

Ein reaktionäres Zugeständnis an die Liberalen

London, 5. Februar. Im englischen Unterhaus wurde gestern die „Wahlreform“ vorlage der Macdonald-Regierung in zweiter Lesung mit 285 gegen 230 Stimmen angenommen. Für die Vorlage stimmten die „Arbeiterpartei“ und die Liberalen, gegen sie die Konservativen. Einige Abgeordnete vom linken Flügel der „Arbeiterpartei“ enthielten sich der Stimme.

Die „Wahlreform“ ist der Preis, mit dem die Macdonald-Regierung sich die Verlängerung ihrer Lebensdauer erkaufen möchte. Sie ist das Ergebnis eines Paktes zwischen der „Arbeiterpartei“ und den Liberalen. Die Repräsentanten dieses Paktes sind nur die Liberalen.

Von einer „Reform“ kann bei diesem Wahlgesez keine Rede sein. Es wird lediglich an Stelle des bisherigen verzwickten Mehrheitswahlsystems ein ebenso reaktionäres Alternatives Wahlsystem, das einen doppelten Wahlgang mit Stichwahlen vorsieht, eingeführt. Dieses Wahlsystem kann gegebenenfalls die Position der Liberalen zugunsten der Konservativen verbessern. Es verschlechtert aber gleichzeitig die wahltechnischen Möglichkeiten der werktätigen Massen und macht den Ausgang der Wahlen noch unübersichtlicher als das bisherige Wahlsystem.

Alle reaktionären Bestimmungen des alten Wahlsystems bleiben anrechterhalten: Das Oberhaus behält sein Einspruchsrecht und die für Arbeiterkandidaten zu leistende Bürgschaft von 150 Pfund, d. h. 3000 Mk für jeden Kandidaten wird weiterhin gefordert.

Das neue Wahlrecht ist ein Geschenk an die Liberalen, auf deren Unterstützung Macdonald bei der bevorstehenden dritten Lesung seines Gewerkschaftsgesetzes rechnet.

In Bombay wurden der Präsident und drei Mitglieder des Arbeitsausschusses des Nationalkongresses sowie drei Kongreßfreiwillige verhaftet, als sie Salz fabrizierten.

In Ungarn hat ein neuer großer Prozeß gegen 16 Kommunisten begonnen.

Die Strasse ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von N. Tokunaga

Verlegt bei Internationaler Arbeiter-Verlag G. m. b. H., Berlin.

13. Fortsetzung.

„Du hast deinen Teil schon vor fünf Tagen bekommen, mach, daß du fortkommst.“

„Denkst du“, sprang die Frau von Zios Freund Kiko vor, „wir sind doch selbstverständlich nicht hierher gekommen, weil wir schon vor vier Tagen Reis bekommen haben. Wir sind keine Tauben, wir essen nicht nur einzelne Körner, du Kätzchen!“

Jetzt trat Hirooka heraus und stieg auf einen Stuhl, den er mitgebracht hatte.

„Genossen, hört mal her, was ich jetzt sage. Ihr alle wißt, es sind nur hundert Sad Reis und je zwei Fah Miso und Shofu angekommen.“

Die Leute schwiegen, neugierig, was der allbekannte Vorkämpfer sagen würde. Hagimura ließ die Genossen darauf achten, ob seine Spitzel unter ihren Leuten seien. Er hielt es nicht für richtig, daß solche Aussetzungen von den Spitzeln belauscht würden, wenn es sich auch kaum vermeiden ließ.

„Aber das ist nicht genug, um euch alle satt zu machen wie sonst immer, versteht ihr! Und wir können auch nicht gleich wieder zwei oder drei Lastwagen voll hierher schleppen, weil unsere Gewerkschaft so arm geworden ist.“

Hagimura ging, als er Hirookas freimütige Darstellung der Lage hörte, ein kalter Schauer über den Rücken, wie gebannt starrte er in die Gesichter der Versammelten.

„Deshalb haben wir beschlossen, daß wir zuerst an die, die am meisten Not leiden, austeilten. Die Gruppenleiter — ihr wißt, wer das ist — haben festgestellt, wer es am nötigsten hat. Meldet euch also bei den Gruppenleitern, und die, die nichts mehr auf Leihhaus zu tragen haben, bekommen dann zuerst.“

Hagimura und allen andern ging es durch alle Glieder, wie sich jetzt eine dunkle Welle über alle diese Gesichter legte, wie Wollen vor die Sonne.

„Hallo, Meister, dann kriegen wir also heute keinen Reis?“ Als ein alter Mann so unvermittelt und ein wenig komisch losbrach, begannen alle Weiber und Kinder durcheinanderzureden.

„Gib doch wenigstens heute noch.“

„Vom nächsten Mal wollen wir es so machen.“

„Gib doch ein wenig zu essen, mit hungrigem Bauch kann man nicht in den Krieg ziehen.“

Die Leute bedrängten Hirooka, der erstarrt da stand, als wolle er sie alle umfassen, aber dieses Bronzestandbild des Karrenschleppers war nicht so leicht umzuwerfen. Ohne die Augenbrauen zu bewegen, sagte er mit einem Gesicht wie eine Maske, nachdem die Leute etwas ruhiger geworden waren:

„Jetzt hat eben einer gesagt, mit leerem Bauch kann man nicht in den Krieg ziehen. Leute, unser Krieg ist kein Krieg, den man mit vollem Bauch führen kann. Das ist ein Krieg, den man mit leerem Magen und Steinen im Bauch — führen — muß!“ Die Frauen karrten auf den harten Mann, wie auf einen Felsen.

„Versteht ihr — trotzdem ich das sagen muß — eure Kantons-Gewerkschaft wird euch nicht aushungern lassen. Deshalb dürft ihr nicht bei uns betteln und nicht schimpfen. Wir müssen alle aushalten, solange wir können. Um uns zu helfen, haben alle Mitglieder der 20 Genossenschaften des japanischen Genossenschaftsverbandes „Tage ohne Reis“ eingeführt. Wißt ihr, was das heißt: „Tage ohne Reis“? Das heißt, sie essen nur Haffer statt Reis.“

Hagimura und Zio schluckten trocken. Die Frauen ließen ihre erhobenen Hände und Schultern fallen. Die Frauen, die in der ersten Reihe standen, gingen hinter die Menge zurück; das Kind, dem die Milch fehlte, wimmerte auf dem Rücken der Mutter.

„Trotzdem haben wir Arbeiter in der Stadt es noch leichter als die Bäcker auf den Dörfern, die das ganze Jahr nur Kastanien und Haffer essen. Aber deshalb kämpfen die Bäcker doch und tapfer. Versteht ihr! Ihr müßt euch deshalb auch an diesem Tag ohne Reis beteiligen. Macht die Miso Suppe dünner — eßt die Quetschreste von den Bohnen als Gemüse, bis wir in diesem Streik gesiegt haben.“

Die Frauen sahen nach unten, dann hob Hirooka seine Hand über sie hin.

„Habt ihr verstanden, Genossen, wenn es nicht mehr geht, dann kommt zu den Gruppenleitern — wir werden euch bestimmt

Reis schaffen, solange wir noch am Leben sind — Geduld, Geduld und Mut, ohne das könnt ihr nicht siegen.“

Tief beugten sich die Köpfe — jetzt ging eine von den alten Frauen fort, dann zwei — mit gesenkten Köpfen — sie konnten so nicht sehen, daß über das harte, härtige Gesicht die Tränen wie schwere Körner rollten.

III

Giltgas

Die Frauen, vom Lager der Genossenschaft verschauert, lehnten heftig diskutierend in ihre Baracken zurück. Auf ihren knochigen Boden stand der Mergel, der keinen wirklichen Gegenstand mehr hatte. Sie waren wie Hennen, denen man die Eier fortgenommen hat.

„Wollen wir den Portier der Gesellschaft anbrüllen wie Kühe, die nur trockenen Haffer gefressen haben“, schrie Kikos Frau laut am Eingang ihrer Wohnung.

Fünf oder sechs Frauen an der Ecke der Gasse erwiderten ihr:

„Anbrüllen ist noch zu wenig, du Dumme — —“

Wirklich sahen sie aus, als ob sie nicht nur brüllen, sondern beißen könnten. Sie hatten nichts mehr ins Leihhaus zu tragen. Gerade als Kikos Frau, die die zehnjährige Arbeit in der Fabrik unfähig gemacht hatte, Kinder zu gebären, aus ihrer dritten Brust ein scharfes Wort hervorstoßen wollte, kam eine alte Frau, die Großmutter von Matsudaro, ihren Enkel auf dem Rücken, mit dem wackelnden Gang einer vom Hund gefagten Henne zu dem gemeinsamen Brunnen und begann über das Elend zu jammern:

„Was nützt denn alles, wenn wir trotzdem den Streik verlieren, nachdem wir so erbärmlich geliebt haben mit Bohnenmus und Kastanien?“

So jammerte die Alte, wie sie das ganze Jahr jammerte: Das Giltgas der siebenten Baracke.

Eigentlich war allen zum Jammern, aber die Rede des härtigen Hirooka hielt sie noch alle im Bann. Kikos Frau hatte die Essenmarke der Genossenschaft ins Haus geworfen und kam zu den Frauen, hob die Alte beiseite und sagte, Hirooka nachahmend, ihre beiden leeren Hände ausbreitend:

„Man muß Geduld haben, versteht ihr, wir müssen uns gedulden, bis der Streik mit einem Sieg beendet ist...“

Sie wollte scherzen, aber während sie sprach, wurde ihr Gesicht ganz ernst. Und auch die anderen Frauen hatten nicht gelacht.

[Fortsetzung folgt]

Rund um den Erdball

Wer ist schuld?

Ein Nachwort zum Mordprozess Ulbrich

Der Schlussstrich ist gezogen. Eine entsetzenerregende Tat, grauenvoll in ihren Einzelheiten, planmäßig vorbereitet, mit größtem Raffinement ausgearbeitet, alle Möglichkeiten, Zufälle und Coenquallitäten vorher erwogen und mit größter Kaltblütigkeit am festgesetzten Tage ausgeführt, hat durch den Mordprozess des Vieschen Neumann sechs Tage die Öffentlichkeit in Spannung gehalten.

Drei Jugendliche, 16 bis 22 Jahre alt, Kinder der Großstadt, aufgewachsen in lichtlosen, dumpfen Höfen, in engen Wohnungen der Mietskasernen des Berliner Nordens, in Hunger, Entbehrungen und Verzweiflung der Jahre des Krieges, des Bürgerkrieges, der Inflation und Arbeitslosigkeit, sind zu Mörder des 57-jährigen Uhrmachers Ulbrich geworden.

Die herrschende Klasse hat ihre Opfer — es sind ihre Opfer, denn sie begehnen das Verbrechen aus der wirtschaftlichen Notlage, dem sozialen Elend heraus, das durch die Profitwirtschaft geschaffen — verurteilt, Mord mit Mord gesühnt, Stolpe ist zum Tode verurteilt, Benziger zu 6 1/2 Jahren Zuchthaus, Vieschen Neumann, die 16-jährige, zu acht Jahren und zwei Monaten Gefängnis. Zuchthaus und Gefängnistore schließen sich auf Jahre hinter den jugendlichen Mörder, für den einen auf immer...

Ja, es ist eine entsetzliche Tat, die schlimmer kaum ausgedacht werden kann. Die 16-jährige legt sich in das Bett des Mannes, von dem sie weiß, daß er in wenigen Minuten die Leiche sein wird. Sie läßt sich seine Liebesbeteuerungen, seine Zärtlichkeiten gefallen, verspricht ihm Erfüllung seiner Wünsche auf den Morgen, den er nicht mehr erleben wird. Und die Mörder kommen, als im stillen Laden die Uhren gerade die zwölfte Stunde schlagen. Sie sind vergagt, ängstlich — der eine gittert vor Angst am ganzen Körper — aber doch entschlossen ihren einmal gefassten Plan auszuführen. Ein kurzer Kampf ein leises Röcheln: Der alte Mann, dessen Lebensuhr soweit bald abgelaufen wäre, stirbt unter dem Würgegriff des 22-jährigen Stolpe.

Noch grauenvoller als die Tat selbst, wirkt es auf den Zuschauer, mit welcher Gleichgültigkeit die jungen Mörder auf der Anklagebank sitzen und sich zur Anklage ohne innere Regung, ohne ein Gefühl für die Schwere der Tat, äußern. Erst am Schluß der Verhandlung, als der Staatsanwalt zweimal Todesstrafe beantragt, durchdringt sie die Schwere des Verbrechens und aufrichtige Reue bemächtigt sich ihrer.

Wer die drei betrachtet, fragt unwillkürlich: „Sehen so Mörder aus?“ Es gibt nur eine Antwort: Nein. Das sind keine Raubmörder im Sinne des Wortes, keine „geborenen Verbrecher“. Das sind Jugendliche aus dem Heer der Hunderttausende, der Millionen: Junge Proletarier. Sie unterscheiden sich von den anderen durch nichts, und darin liegt gerade die Tragik und zugleich das Charakteristische dieses Prozesses. Junge, lebenshungrige Menschen, wie alle anderen, vielleicht etwas hemmungsloser, die dem Zufall nachgeben, auf die Bahn des Verbrechens geworfen, zu Mörder wurden. Zu Mörder, weil ihnen die Young-Republik das Recht auf ein menschenwürdiges Dasein genommen hat. Ihr Verbrechen ist nicht einmal so grausam wie das kapitalistische System, das in Deutschland 5 Millionen Arbeiter brotlos macht, 12 Millionen Deutsche, davon vielleicht 7 Millionen Kinder und Jugendliche, dem Hunger preisgibt.

Nur fette Richter und Staatsanwälte, nur die Presse-Journaille der Bourgeoisie und des Spießbürgertums, die nie das qualende Gefühl des Hungers, die nie die Sehnsucht der Proletarierjugend, die in bitterster Not und tiefstem Elend, in Enge und Schmutz aufwachsen, nach einem besseren Leben fanden, können mit kalter Handbewegung sagen: „Die Not der Angeklagten war selbstverschuldet, Habgier und Gelbucht waren die Motive zur Tat.“

Ein Bild in das Milieu, in dem die Angeklagten aufwachsen, und man erkennt unheimlich die Triebkraft ihres Verbrechens. Man versucht, Abenteuerliteratur, Schmöller und Sensationsfilme als Ursache der „Verderbnis der Jugend“ hinzustellen, die auch die Moral der 16-jährigen untergraben, und will damit nur über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die menschenunwürdigen Verhältnisse, in denen Proletarierfamilien gezwungen sind zu leben, daß ihre trostlose Umgebung den weitaus größten Einfluß auf die „moralische Verkommenheit“ der Großstadtjugend ausübt.

Man kraucht sich nur vor Augen zu halten, daß Vieschen Neumann mit Vater, Mutter, Bruder und Schwester im gleichen Zimmer, ja sogar mit dem erwachsenen Bruder im selben Bett schlafen mußte, weil nur ein Zimmer und zwei Betten vorhanden waren. Hier liegt der Keim zur „Amoral“, wie es die bürgerliche Presse nennt. Und sind die beiden Freunde, die von ihren Arbeitgebern und Bekannten als freundliche und arbeitssame, zuvorkommende Menschen geschildert wurden, sind sie nicht durch lange Erwerbslosigkeit, unordentliche Lebensverhältnisse, materielle Sorgen, durch die zermürbende Untätigkeit und durch die Ausichtslosigkeit Arbeit zu bekommen zu diesem Verbrechen getrieben worden?

In einem Lande der Welt wäre die Justiz einen anderen Weg geschritten. Dort ist es aber auch keine bürgerliche, sondern eine proletarische Justiz. Das Todesurteil der deutschen bürgerlichen Justiz ist ein Eingeständnis der Hilflosigkeit und auch der Schuld des heutigen Systems. Die proletarische Justiz der Sowjetunion, die auch noch gegen die kriminellen Überreste des Jurismus zu urteilen hat, köhlt den Dingen nicht hilflos gegenüber. Man hätte gewußt, was man dort mit den jugendlichen Mörder macht. In modernen Anstalten hätte man sie, die Opfer eines verkommenen, verfaulten Systems, zu erschütterten Menschen, zu brauchbaren Mitgliedern der Gesellschaft erzogen. Das ist in diesem Staat, dessen bezeichnendstes Merkmal die Erhaltung der Ausbeutung durch Knechtung und Gewalt ist, nicht möglich.

Walter Husemann

Selbstmord eines Gerichtsvollziehers

Am Mittwoch fand ein Arbeiter in einem Strohdie men in der Feldmark Klein Lübs die Leiche des seit Montag vermißten Marleburger Gerichtsvollziehers Lehmann auf. Der Tote hielt seinen Dienstrevolver in der rechten Hand, man zweifelt nicht, daß Selbstmord vor. Die Gründe zur Tat sind unbekannt.

Münchener Goldmacherprozeß ging ohne Ludendorff zu Ende

Drei Jahre acht Monat für Franz Laufend

Die mittelalterliche Gedankenwelt Ludendorffs und der Vertreter des „Dritten Reichs“

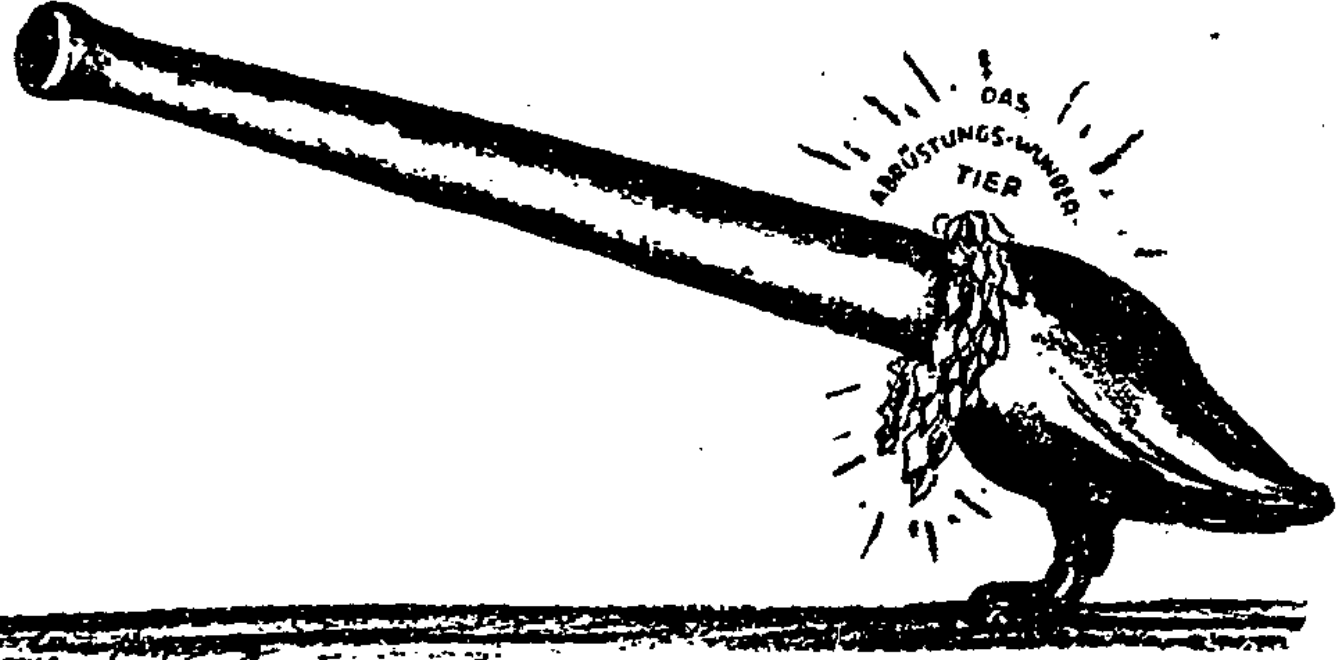
München, 5. Februar. Am Donnerstag mittag Mitte des Gerichts im Goldmacherprozeß gegen Franz Laufend nach mehrstündiger Beratung das Urteil. Franz Laufend wurde wegen fünf Vergehen des vollendeten Betruges und eines Vergehens des versuchten Betruges zu einer Gesamtstrafe von drei Jahren 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Von der Anklage eines Vergehens des versuchten Betruges wurde er dagegen freigesprochen. Ein Jahr, 8 Monate Untersuchungshaft werden auf die Gefängnisstrafe angerechnet.

In der Begründung zu diesem Urteil führte der Vorsitzende u. a. aus: Das Gericht stehe auf dem Standpunkt, daß eine künstliche Goldherstellung wohl theoretisch aber nicht praktisch möglich sei. Bei einer Elementumbildung seien Energiemengen in einem Umfange nötig, über die die Menschen nicht verfügten. Wenn bei Laufends Versuchen ein Ergebnis vorgekommen sei, dann sei das Gold dem Material zugefügt worden, ohne daß die Anwesenden es bemerkt hätten. Laufend habe seine Versuche mit künstlichen Manipulationen solange weitergeführt, bis seine Beobachter ermüdet gewesen seien. Laufend sei nach dem Gutachten der medizinischen Sachverständigen für seine Handlungen verantwortlich. Bezüglich des Strafausmaßes ging das Gericht davon aus, daß Laufend ein Mann von nicht gewöhnlicher Intelligenz sei, der seine Gaben rücksichtslos verwendet habe, um die Welt zu täuschen. Laufend habe auch nicht aus „vaterländischen

Gründen“ gehandelt, sondern sich von Gewinnsucht leiten lassen. Er sei ein gewissenloser Betrüger. Zu seinen Gunsten wertete das Gericht die Leichtgläubigkeit der von ihm betrogenen Personen und den unheilvollen Einfluß seiner Frau. Von der „Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte“ wurde abgesehen, da Laufend noch nicht vorbestraft ist. Wegen Fluchtgefahr bleibt die Haft bestehen.

Nach wochenlangen Verhandlungen ist also endlich ein Prozeß zu Ende gegangen, der wie selten geeignet war, die geradezu mittelalterliche Geistesverfassung der Kreise um den Generalgoldmarschall Ludendorff und einiger anderer Leuchten des „Dritten Reiches“ zu kennzeichnen. Mehr als einmal werden unsere Leser, und besonders die ehemaligen Mischoten des „Stahlbades“, die auf Geheiß des Alchimistenfreundes Ludendorff wie die Tiere im Dreß des Schlingensgrabens vegetieren mußten, beim Lesen der Prozeßberichte gesagt haben: „Und so was hat im kaiserlichen Deutschland über Millionen Menschen verfallen dürfen!“ Nun, daß die heutigen nationalen Volls- und Wirtschaftsführer nicht um einen Deut intelligenter sind, hat dieser Prozeß ebenfalls in klarer Eindeutigkeit gezeigt. Blicke also nur noch übrig, daran zu erinnern, daß die Münchener Klassenrichter, die über Franz Laufend zu Gericht saßen, es aus Klassenföhrlichen Gründen verstanden, Ludendorff, der von dem Goldmacher am meisten Geneppte, vor der Riesenschlamme einer Zeugenverladung zu bewahren.

Das Abrüstungs-Wundertier



Diese Karrikatur, die den Abrüstungsschwandel in Genf auf das eindeutigste glossiert, ist der Zeichner als Postkartengruß aus Genf der AIZ geschickt, deren neueste Ausgabe heute wieder im ganzen Reiche zum Verkauf gelangt. Also Achtung:

„AIZ.“ heute neu!

Neues Erdbeben auf Neuseeland

Die Städte Napier und Hastings werden geräumt

Die Not der unglücklichen Bevölkerung steigt stündlich — Seuchenausbruch in Sicht

Wellington, 5. Februar. Am Donnerstag früh, kurz nach 2 Uhr erfolgten in dem neuseeländischen Katastrophengebiet wiederum heftige Erdstöße. Zahlreiche Gebäude, die schon bei dem ersten Erdbeben mehr oder weniger stark beschädigt waren, stürzten nun vollends ein. Wiederrum werden neue Todesopfer und Verwundete gemeldet. Die schwergeprüfte Bevölkerung, die den ersten Schrecken noch nicht überwunden hat, wurde erneut von einer wilden Panik ergriffen.

Behörden muß die immer noch brennende Stadt Napier innerhalb zwei Tagen von der gesamten Bevölkerung geräumt werden. Da die Kanalisationsröhren ebenfalls geplatzt sind, befürchtet man, daß der Ausbruch von Seuchen unvermeidlich ist.

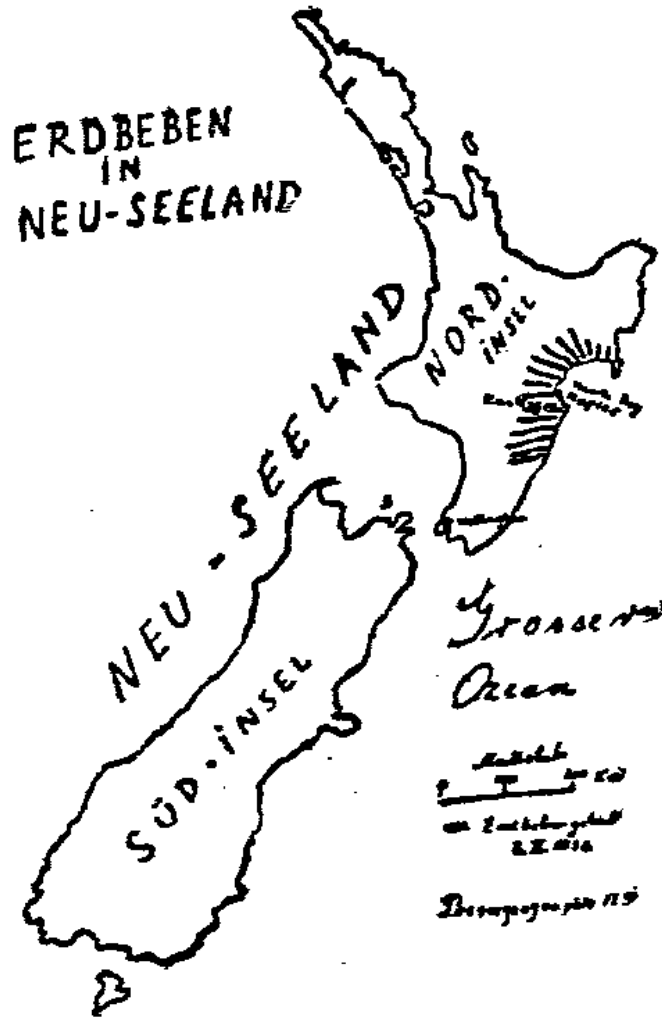
Zu tausenden kampieren die obdachlos gewordenen Familien in den Gärten oder auch auf den zerstörten Straßen. Besonders herzerregende Szenen spielten sich vor der eingestürzten Gewerbeschule in Napier ab, vor der Tag und Nacht weinende Eltern auf Nachricht von ihren unter den Trümmern der Schule begrobene Söhne warten. Die Hoffnung, daß bei den Aufräumarbeiten dieser oder jener noch lebend geborgen werden könnte, hält die Unglücklichen aufrecht.

Wie Napier ist auch die Stadt Hastings fürchtbar verwüstet. Auch diese Stadt soll auf Anordnung der Behörden innerhalb zwei Tagen geräumt werden. Nach Berichten von Augenzeugen des ersten Erdbebens wurden die Menschen in den Geschäften und Büros durch die einfallenden Gebäude wie in Mausefellen gefangen. Und wenn es gelang, sich herauszuarbeiten und glücklich die Straße erreichten, wurde draußen von umherstehenden Mauerstücken verlegt oder getötet. So fanden Rettungskolonnen auf dem Bürgersteig ein junges Mädchen, dem die Beine bis zu den Knien zermalmt waren. Aus allen Trümmern der zusammengestürzten Gebäude drangen die gellenden Hilfschreie oder das Schmerzenswimmern von eingekerkerten, verletzten oder sterbenden Männern, Frauen und Kindern. Nach den zuletzt vorliegenden Meldungen, sind die Aufräumarbeiten bei der eingestürzten Gewerbeschule in Napier soweit vorgeschritten, daß man mit Bestimmtheit annehmen muß, daß 40 Schüler hier ihren Tod fanden.

Sozialdemokratische Presseschmök

Ein Leser sendet uns die Pforzheimer „Freie Presse“ der SPD zu. Wir finden darin folgende Ueberschriften: „Mörder ohne Mut — Die Täter wollen keine Strafe haben (Hauptüberschrift) — Eine Dämonin? — Der Beschützte — Der Mord in der Geisterstunde — Der unerträgliche Bild — Das Beil in der Hand? — Stolpes Beichte — Machtlos gegen ihn (als Berliner Jargon).“

Das nennt man Journalistik! Kein bürgerliches Sensationsblatt kann geschmackvoller sein als dieses sozialdemokratische Blatt.



Durch die neuen Erdstöße hat sich der Meereshoden in der Nähe der Einfahrt zum Hafen von Napier um etwa 3 Meter gehoben. Das Kriegsschiff „Beronica“, das im Hafen liegt, ist nicht mehr in der Lage, auszufahren. Auf Anordnung der

Breslau

Kampf der Faschisierung und Militarisierung der arbeitenden Jugend!
Heraus zum 6. Reichsjugendtag Ostern 1931 in Berlin!

Guten Morgen, „Volkzeitung“!

Die katholische „Schlesische Volkszeitung“ läßt sich aus Wroslaw folgenden Bericht drahten: „In einem Berliner Brief der „Volkzeitung“ werden Angaben über die letzte Tagung der Leitung der SPD gemacht, von der bis jetzt in der „Roten Fahne“ fast nichts zu lesen war. Es wurde „die Lösung zur Volksrevolution“ ausgegeben, die die „steigende Hauptrolle der Partei“ sein müsse. Die Lösung jege „aufgeschlossene Anwendung „boltschewistischer Arbeitsmethoden“ unter den „halbproletarischen, häuerlichen und Kleinbürgerlichen Schichten, unter den Dienstboten und kleinen Beamten“ voraus. Die Arbeitslosen müßten in die Parteiorganisation eingegliedert werden. Der Kampf gegen den Faschismus in allen seinen Formen solle von jetzt an ein „aktivistischer Massenkampf“ unter Führung durch die Parteistellen werden.“

Diesen Bericht macht die „Volkzeitung“ mit einer fetten Ueberschrift auf der Hauptseite auf. Die gruselige Ueberschrift lautet: „Revolutionspläne der deutschen kommunistenpartei.“

Die „Volkzeitung“ hat gut geschlafen. Sie hat nicht gemerkt, daß in der „Roten Fahne“ und in allen anderen kommunistischen Blättern, auch in der in Breslau erscheinenden „Arbeiter-Zeitung“ über 4 1/2 Seiten über die Rede des Genossen Thälmann auf der Plenarsitzung der Zentrale berichtet wurde, und auch die Entscheidung der Zentrale in sehr großer Aufmachung abgedruckt war. Na, und daß die kommunistische Partei eine Partei der Revolution ist, das dürfte der „Volkzeitung“ doch nicht erst seit gestern bekannt sein... Die „Volkzeitung“ will die Katholiken von der Revolution abhalten. Das wird ihr aber nicht gelingen — denn Arbeit und Brot wird die Kirche und der Papst den deutschen Verflätigten nicht geben können...

Marristische Arbeiterschule

Die Besichtigung des Observatoriums findet unter fachkundiger Führung heute bestimmt statt. Treffpunkt um 18 Uhr an der Endstation der Linie 2, Kaiser-Wilhelm-Strasse. Ermäßigter Eintrittspreis 40 Pfennig. Zahlreicher Besuch aller Hörer der Maß und sonstigen Interessenten wird erwartet.

Helft den Kindern!

Die Internationale Arbeiterschule veranstaltet am Donnerstag, dem 26. Februar, im Sternensaal des „Lumparkts“ einen **Bunten Abend**.

(Theater, Turnen, Rezitationen.) Ausgeführt von der M.H.-Kindergruppe unter Mitwirkung der Ma-Musikgruppe. Der Ueberschuß ist für das Kinder-Ferienlager 1931 bestimmt. Helft den Kindern zu einigen Wochen Erholung! Eintrittspreise: Erwachsene 25 Pf., Kinder 10 Pf. Karten sind im Vorverkauf bei allen Zeitungscolporteurs und Funktionären befreundeter Organisationen zu haben.

Neuer Reinfall der Staatsanwaltschaft

Wegen einem Gebicht „Weihrauch und Petroleum“, das am 20. März in unserer Zeitung abgedruckt war, wurde der Genosse Paul Muschalla wegen „Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen“ angeklagt. Gestern fand nun der Termin statt. Die Verteidigung lag in den Händen des Rechtsanwalts Gottthilf. Obwohl der Staatsanwalt in dem Gebicht „einen hohen Grad von Beleidigung“ erblckte, der „das Gefühl jedes kirchlich gesinnten Menschen auf das tiefste verletzt“ und demzufolge eine empfindliche Strafe beantragte, konnte das Gericht doch nicht umhin, den Ausführungen des Verteidigers Rechtsanwalts Gottthilf beizupflichten und den Genossen Muschalla freizusprechen.

Die gestrige Stadtverordnetenitzung

Aus technischen Ursachen ist es uns leider nicht möglich, heute den Bericht über die gestrige Stadtverordnetenitzung zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung geschieht morgen in der Wochenausgabe.

Zeugen gesucht!

Am 11. September (vor der Reichstagswahl) vormittags ereignete sich auf der Albrechtstraße ein Zusammenstoß zwischen Nazis und Arbeitern. Daraufhin wurde gegen die Arbeiter D r i n g, F i e b a d und F i r s c h n e r ein Verfahren wegen „Landfriedensbruch“ eingeleitet. Wir fordern alle Zeugen des Vorfalles auf, sich in der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ zu melden.

„Volkswacht“ heßt gegen Frenzel

Seine 25jährige SPD-Mitgliedschaft gilt plötzlich nicht mehr

In der „Volkswacht“ erschien am 31. Januar ein Artikel mit der Ueberschrift „Herr Frenzel biebet sich an“. Darin wird behauptet, der frühere sozialdemokratische Gemeindevorsteher von Opperau, Frenzel, sei „auf dem besten Wege, Kommunist zu werden“. Dazu sei festgestellt: Frenzel war 25 Jahre Mitglied der SPD, sein Bruder achtzehn Jahre. Im Verlaufe dieser langen Zeit fiel es der „Volkswacht“ nicht ein, irgendwelche Kritik an seiner Tätigkeit zu üben. Als aber Frenzel den Versuch machte, die Bevormundung der sozialdemokratischen Bürokratie abzulehnen, ließ man ihn fallen; obendrein zeigte ihn der sozialdemokratische Staatskommissar K i o t t k e beim Landrat an, weil Frenzel im Jahre 1928 auf Grund eines Gemeindevorstandesbeschlusses die Wohlfahrtsempfänger Leiharbeiten verrichten ließ, um ihnen eine Verdienstmöglichkeit als Ergänzung zu der Hungerunterstützung zu verschaffen. Der Gemeindevorsteher schrieb das Wort Leiharbeiten durch und schrieb dafür Armenfürsorge. Darin erklärte der Landrat eine Schädigung des Kreises. Die Gebrüder Frenzel sind aus der SPD ausgeschlossen worden, ohne daß man ihnen den

Grund mitgeteilt hat. Die SPD-Zeitung hat keine sachlichen Argumente gegen Frenzel. Deshalb war sie auch in der Versammlung, in der der kommunistische Stadtverordnete A d e l t referierte, nicht erschienen. Die Aussprache in dieser Versammlung war eine einzige Anklage gegen die Sozialdemokratie. Wenn man von Schimpfungen spricht, soll man sich nicht an Frenzel wenden, sondern an K n e t s c h, der weiß auf diesem Gebiete besser Bescheid. Selbst die SPD-Kollegen aus Opperau sehen es gerne, wenn Frenzel den sozialdemokratischen Demagogen die Maske vom Gesicht reißt. Frenzel wird sich durch die Veröffentlichung in der „Volkswacht“ nicht einschüchtern lassen. Er und sein Bruder werden in Zukunft weiter das tun, was im Interesse der Arbeiter notwendig ist.

Reichsbanner mimt Antifaschismus

Am 3. Februar fand in Groß-Mochbern eine Reichsbanner-versammlung statt, die angeblich gegen den Faschismus Stellung nehmen wollte. In Wirklichkeit richtete sie sich gegen die revo-

SPD-Bürokraten gegen Extrabeitrag

In der gestrigen „Volkswacht“ lesen wir:

Extrabeitrag für die Partei

Am Anfang Januar dieses Jahres verhandelte der Bezirksvorstand an diejenigen Parteimitglieder, deren monatliches Einkommen mehr als 300 Mark beträgt, ein Rundschreiben mit der Bitte um Angabe, welche Leistung des Extrabeitrages für sie in Frage kommt, ob sie ihn leisten und in welcher Höhe. Dem Rundschreiben lag für die Beantwortung eine Freiliste bei. Der größte Teil der Parteimitglieder hat bis heute noch nicht geantwortet und ersuchen wir die fraglichen Genossinnen

und Genossen um baldige Mitteilung, damit einwandfrei über die Leistung des Extrabeitrages berichtet werden kann.

Der Bezirksvorstand der SPD, für den Bezirk Breslau.

Anfang Januar hat der Bezirksvorstand geschrieben: Eine Freiliste zur Beantwortung war beigelegt — und bis heute keine Antwort. Nicht wahr, die Opferfreudigkeit der sozialdemokratischen Parteibürokraten ist geradezu bewundernswert... Von dem einfachen Mitglied wird allerdings das Letzte verlangt... Kollege, willst du dir das noch lange ansehen? Herans aus der Partei der verräterischen Bürokratie — komm' zu uns, kämpfe mit uns für Arbeit, Brot und Sozialismus!

Das sind faschistische Geschäftsmethoden!

Vor einiger Zeit kaufte sich ein gewisser Heinz C o h n bei Peter Hartmann, Sonnenstraße 12, einen Anzug auf Teilzahlung. Cohn wurde arbeitslos und war nicht in der Lage, die fälligen Raten zu bezahlen. Da er bebrängt wurde, schrieb er an Hartmann einen Brief und erhielt darauf folgende Antwort:

„Peter Hartmann
Wollmoden u. Wäschehaus
Breslau 5, Sonnenstraße 12
Tel. 55 377, Poltsch.-No. 25 836

Herrn Heinz C o h n

Friedrichstraße 61.

Der heutige Tanz war erst die Vorfeier auf Ihren gemeinen Brief, Sie Judenlämmel!

Daß ich bis a b e n d s nicht den Anzug in sauberem Zustand in meinem Geschäft, so gibt es morgen die ersten Prügel. Wir haben Zeit, wir können warten, wir erwidern Sie schon. Außerdem werde ich Sie der national. Partei bekanntgeben, die

für solche Durschen sehr dankbar sind. Sie sind der erste, den wir heraussuchen, wenn es losgeht.

Die Anzeige gegen Sie Betrüger ist bereits fort. Hier sind Sie doch mal an die falsche Adresse gelangt.

Es zeichnet P. Hartmann.“

Der „Herr“ Hartmann von der Sonnenstraße scheint mehr als merkwürdige Geschäftspraktiken zu haben. Wir wissen nicht, inwieweit die NSDAP. tatsächlich auf einen Wink von Hartmann die in Rat geratenen Käufer verprügelt. Zuzutrauen ist es den Nazi-Deuten durchaus, insbesondere in diesem Falle, wo es sich um einen Menschen mit dem jüdischen Namen C o h n handelt.

Polizeipräsidium, walte deines Amtes! Wir wollen binnen acht Tagen unseren Lesern mitteilen, welche Maßnahmen seitens der Polizei eingeleitet wurden, um dem gemeingefährlichen Treiben des „Herrn“ Hartmann und der ihm angeblich zur Verfügung stehenden NSDAP. ein Ende zu bereiten.

Unsere Vorschläge zum „Papstfilm“

Anfang der Woche konnte man in der bürgerlichen Presse Breslaus folgendes Inserat lesen:

Sonderveranstaltung! Der große Papstfilm!

Die Herrlichkeiten des Vatikans und die Tätigkeit Papst Pius XI. mit seinem Hofstaat.

Der Vatikan in Kunst und Geschichte, der all die prachtvollen Säle, Museen, Galerien, Kunstwerke des Vatikans, die vatikanischen Gärten usw. in wunderbaren Bildern zeigt und große Audienzen und feierliche Empfänge bei Papst Pius XI. uns aus nächster Nähe miterleben läßt, gelangt nur am Dienstag, dem 3. Februar, und Mittwoch, dem 4. Februar, nachmittags 3 Uhr, 5 Uhr und abends 7 Uhr und 9 Uhr in den Kammerlichtspielen Breslau, Schneidmayer Straße 31, unter Mitwirkung des vollen Orchesters (mit besonderer Musikaufbereitung für den Film) zur Aufführung. — Eintrittspreis 50 Pf., 1,20 Mark, 1,50 Mark. Kartenvorverkauf: Ostdeutsche Buchhandlung, Albrechtstraße 40, Müller u. Seiffert, Ritterpich 5, Borgmeyer, An der Landkirche 3, Papierwarengeschäft Zwienen, Fischergasse 13, Buchhandlung Haberstroh, Gröbischer Straße 91. Sichern Sie sich sofort Ihre Karten! Die Nachfrage ist sehr stark!

Die „Kammerlichtspiele“ sind dicht gefüllt. 85 Prozent der Besucher sind Frauen, zu einem Teil jene alte Mutter, denen der Besuch eines Gottesdienstes die Ausfüllung ihres Tagewerkes bedeutet, zum anderen aber jene, die wohl darauf sehen, als eifrige Kirchgänger bekannt zu sein, ihren Hausangestellten aber keine freie Zeit gönnen. Die männlichen Teilnehmer setzen sich aus Lehrerkreisen zusammen. Der Film gibt uns einen Einblick in die Vatikanische Stadt.

Wir sehen, welche ungeheure Schätze der „Heilige Vater“ sein eigen nennen kann. Schweizer Garde, Gendarmen, Palastknechte und Ehrengarde sind zum Schutze des Papstes aufgestellt. Ein großer Wagenpark, mit reichen Polstern und goldenen Initialen geziert, läßt die „Stellvertretung Gottes auf Erden“ angenehm machen. Ungeheure Millionenwerte an Kunstwerken sind innerhalb des Vatikans aufgespeichert. So weit der Inhalt des Filmes. Er wurde übrigens vor circa zwei Jahren im „Festspielhaus“, dem eigenen Kintopp des Klerus, aufgeführt.

Wir sind der Auffassung, der Papstfilm bedarf dringend einer Ergänzung und schlagen dazu folgende wirkungsvolle Szenen vor:

1. Die katholischen „Armen Schulknechte“ lassen durch den Gerichtsvollzieher eine Mutter mit fünf Kindern exmittieren.
2. Der Fürstbischof Kardinal Vertram überweist einem Familienvater auf sein Geheiß um eine Unterstützung den Betrag von fünf Mark.
3. Ein katholischer Erwerbsloser nimmt sich aus Verzweiflung das Leben.
4. Der Fürstbischof Kardinal Vertram gibt durch ein großes Plakat auf allen Lichtsäulen Breslaus sein monatliches Einkommen bekannt — um zu dokumentieren, daß die Kirche in Deutschland bestrebt ist, den Herrlichkeiten des Vatikans nicht nachzutreiben —, ohne Rücksicht auf die elende Lage der Gläubigen, denn schließlich heißt es in der Bibel „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“, was insofern richtig ist, daß Vertram und die anderen Würdenträger wenig Brot, dafür aber bessere Speisen gewöhnt sind und die Erwerbslosen ebenfalls wenig Brot — dafür aber das „himmlische Genieß“ haben.

lutionären Arbeiter. Als nämlich einer unserer Genossen vor dem Lokal Flugblätter gegen den Faschismus verteilte, erschienen einige fanatisierte Reichsbannerleute und rissen sie ihm aus der Hand. Als Referent war der zweite Gewerkschaftsleiter Alexander erschienen. Er sprach über die Weltwirtschaftskrise und meinte, „es gehe allen schlecht“. Er hegte gegen Sowjetrußland und behauptete, daß es so gut wie vor dem Zusammenbruch stehe. Die SPD. pries er als 100prozentige Marxisten. Als zweiter Referent trat der Parteisekretär Schiffer auf. Schiffer behauptete, daß es nur in einer demokratischen Republik Fortschritte geben könne, und demzufolge sei es Pflicht, die Republik zu verteidigen. Neben den Genossen Walter Müller meinte er, daß ihm der Paragraph 51 zugesprochen werden müsse. (Diese Ueberheblichkeit wird Schiffer hoffentlich recht bald vergehen.) In der Diskussion sprach unser Genosse Behr unter großem Beifall der Anwesenden. Arbeiter von Groß-Mochbern, laßt euch nicht verwirren! Es gilt den Kampf gegen den Faschismus zu organisieren! Der Führer im Befreiungskampf des deutschen Proletariats ist die kommunistische Partei!

Beantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller, Berlin; für den übrigen Teil: Ernst Bollmeier, M. d. L., Breslau. — Für Inserate: Carl Gansdorf, Breslau.

Arbeiter-Kino, Margaretenstraße 17

Heute letzter Tag

Das Lied vom alten Markt

Gegen Alkohol und für Solidarität

Auf der Bühne: Julius Arndtfeld

Abwege / Mit Brigitte Helm

Jugend verboten

Erwerbslose b. 5 30 Uhr nur 25 Pf. Besucherkreis-Mitgl. 50 Pf. sonst 70 Pf. Partei-, Gewerkschafts-, Volksbühnen-Mitglieder erhalten an der Kasse einen Besucherkreis-Ausweis ausgestellt

Schöne weiße Zähne: Chlorodont

Vorkriegspreise!

Tube 60 Pf. u. 1 Mk

54 Pf. 90 Pf.

Waldenburger Bergland

Wie Hoffmann und Konforten den „Sozialismus“ im Hungerland Waldenburg verwirklichen

Ein Bergarbeiter schreibt uns: Durch den schändlichen Verrat der Gewerkschaftsbürokratie sind wir Bergarbeiter jetzt in eine Lage gekommen, welche wir noch vor kurzem für unmöglich gehalten haben. Die „berühmten Führer“ der Bergarbeiter, die Hoffmann, Röhle u. Co., zu welchen sich der nach der Pfeife Hoffmanns tanzende Verwandlungskünstler D a h l e r vom Deutschen Metallarbeiterverband gestellt, haben herausgerechnet, daß die Bergarbeiter im Hungerland das „kleinere Uebel“ auf sich nehmen und einen fünfprozentigen Lohnabbau ertragen können. Mit den unsinnigsten Redensarten als Beweis, werden die Bergarbeiter zur „Kasse“ ermahnt. Mit welchem Eifer auch die Waldenburger „Arbeitervertreter“ die Interessen der Grubenbarone vertreten, beweisen sie dadurch, daß sie den empörrten Kollegen mit Entlassung aus dem Betrieb und mit Ausschluß aus dem Verband drohen, wenn die Kollegen zur Abwehr der weiteren Verelendung zum letzten im Statut festgelegten Mittel, dem Streik, greifen würden.

Dahler behauptet, es sei besser, trotz der Feiertagslöhne lieber 5 Prozent Lohnabbau auf sich zu nehmen, als einen Abwehrstreik zu organisieren. Welche Auswirkungen dieser brutale Lohnraub an der Geschäftswelt einerseits und an der Bergarbeiterschaft insbesondere haben wird, ergibt die Tatsache, daß die dadurch den Grubenbaronen gesenkten

um 2 Millionen Mark dem Kleinhandel und Gewerbe verloren gehen

und der Haushalt des Bergarbeiters auf einen menschenunwürdigen Tiefstand herabgedrückt wird. Den Beweis erbringt die folgende Wirtschaftstabelle. Hier zum Beweis mein

| | |
|--------------------------------------------------------------|-----------------|
| Gesamtverdienst im Dezember auf 24 Schichten | 151,73 M |
| Abzüge an Beiträgen | 24,98 M |
| Summe | 126,75 M |
| Davon werden bezahlt: | |
| Miete für 33 qm Wohnraum | 17,04 M |
| Strom | 2,70 M |
| Wasser | 1,04 M |
| Verband | 6,00 M |
| Lebensversicherung | 3,00 M |
| Feuerversicherung | 1,40 M |
| Zeitungen und Bücher | 4,00 M |
| Partei und sonstige Organisationen | 1,60 M |
| Summe | 36,78 M |
| Es verbleiben mir mit | 89,97 M |
| drei Personen für den Tag 2,99 Mark zum Verleben, | |
| wovon ich auch noch Wäsche und Kleidungsstücke ergänzen muß. | |

Das Waldenburger Bergarbeiter an der Leichtigkeit die Frage, einmal bei den Unternehmern, ob bei diesen Lohnverhältnissen ein doppelte Lohnraub in Kauf zu nehmen, oder ob es nicht ein gnädig-brutaler Verrat der überfälligen Gewerkschaftsbürokratie ist, welcher wie ein Dolch in die Mitte der ausgehungerten und heruntergewirtschafteten Waldenburger Bergarbeiterschaft wirkt.

Wir Bergarbeiter werden aber verstehen, trotz niederträchtigster Droge gegen die A.C. und die F.P.D., uns zusammenzuschließen und den kommunistischen Gewerkschaftsbörsen für ihren schändlichen Verrat

die verdiente Danksagung zu geben. Wir werden zum Kampf rufen und ihn zu gegebener Zeit allen Drohungen zum Trotz auch aufnehmen!

Achtung!
Erwerbslose von Waldenburg!
Freitag, den 6. Februar, 16 Uhr Erwerbslosenversammlung in der „Stadtbrauerei“. — Der Erwerbslosenausschuß.

Waldenburg **Freireligiöse Gemeinde**
Am 8. Februar, um 19 Uhr, Mitgliederversammlung mit Vortrag im Jugendheim, 2. Stod. Referent zur Stelle.

Stanowitz
Wir trommeln zum Sturm gegen den Faschismus

Unter dieser Parole fand dieser Tage hier eine öffentliche Volksversammlung statt, die sehr gut besucht war. Als Referent war Genosse Schulz, Waldenburg, erschienen. In seinem Referat zeigte er den Anwesenden an Hand von Tatsachen, welche Gefahren der Faschismus in sich birgt und zeigte Wege zum erfolgreichen Abwehrkampf gegen die braune Pest. Der Redner streifte auch die verbrecherische Politik der Sozialfaschisten, welche sie schon zwölf Jahre an der Arbeitererschaft treiben. An die anwesenden Reichsbannerleute richtete er die Mahnung, der Organisation den Rücken zu kehren, da sie nur einen Scheinkampf gegen den Faschismus führt, was Schulz zur Genüge bewies. Zum Antifaschistenkongreß nach Breslau wählte die Versammlung einstimmig den parteilosen Steinarbeiter Wilhelm Pletsch. Der starke Beifall, den Genosse Schulz fand, zeugte davon, daß die Besucher der Versammlung das Referat mit Interesse aufnahmen und sich mit den Ausführungen des Redners einverstanden erklärten. Eine Diskussion fand nicht statt, da die Herren Gegner es immer vorziehen, nicht in unsere Versammlungen zu kommen. Dafür macht man von dem Recht der freien Aussprache im Stempelkeller regen Gebrauch, um uns Kommunisten einzuschüchtern. Nur gemacht, auch wir in Stanowitz stoßen vor.

Freiburg
Aus dem Gerichtssaal

Ein Arbeiter schreibt uns: Dieser Tage nahm ich einmal Veranlassung, als Zuhörer einigen Gerichtsverhandlungen beizuwohnen, die mich veranlassen, einiges aus meinen Erfahrungen der Zeitung zu unterbreiten. Da wurde zunächst ein Urteil gefällt, welches mich überzeugte, daß die Klassenjustiz auf allen Gebieten sich auswirkt. Ein Gutsherr aus Nieder-Salzbrunn war angeklagt, weil er ein 17-jähriges Mädchen gewaltsam zum Verbleiben in seinem Dienste zwingen wollte. Das Mädchen sollte lediglich für das Essen arbeiten und gar keinen Lohn erhalten. Als es aus diesem Grunde eines Tages aufhören wollte, die Papiere und die Herausgabe ihrer Wäsche verlangte, wurde ihr einfach von dem Gutsherr die Türe vor der Nase zugeschlossen und sie durfte das Haus nicht verlassen. Das Mädchen klagte am Gericht, daß ihr dieser

famose Gutsherr noch Danksagen angeboten hatte. Trotzdem kam das Gericht zu einer Freisprechung des Gutsherrn, denn dieser hatte sich ja einen Justizrat verschaffen können, der es verstand, dem Gericht plausibel zu machen, daß er sich keines Vergehens schuldig gemacht habe. In einem weiteren Falle war ein Arbeiter angeklagt, der sich herausgenommen hatte, am Grabe eines Verstorbenen einige Worte zu sprechen, weil er weder ein katholischer noch ein evangelischer Geistlicher sich bereit gefunden hatte, dieses zu übernehmen. Deshalb wurde er von dem Pfarrer Hoffmann angeklagt und mit 20 Mark Geldstrafe belegt.

Bolkshain
Protestversammlung
Für Donnerstag hatte der A.C.B.-Ausschuß zu einer Protestversammlung aufgerufen, die h. a. auf Drängen der Einwohnererschaft hatte nach sich dazu entschlossen. Die Versammlung war gut besucht. Schwedla (S.P.D.) referierte über den Kommunalstreik sowie über die vom Magistrat beschlossene Gas-, Strom- und Wasserpreis-Erhöhung von fünf Pfennig. Einen Ausweg konnte er jedoch nicht aufzeigen. In der Diskussion sprach Genosse Hiller. Er zeigte an Hand der Wirtschaftskrise und des Diktaturparagrafen 48, daß der Höhepunkt der Not und Ausbeutung noch lange nicht erreicht ist. Nur der Steuer- und Mietstreik in geschlossener Einheitsfront kann eine Abstellung dieser Zustände bringen. Schließlich mußte Schwedla in seinem Schlusswort dem Genossen Hiller in jeder Weise beipflichten.

Einwohner von Bolkshain, es genügt nicht, den Weg, den die Kommunisten euch vorschlagen, anzuerkennen, hier gibt es nur eins, und das ist, den Weg sofort zu beschreiten.

Bolkshain **Das kleinere Uebel oder Feigheit**
Vor kurzem beschloß das hiesige Reichsbanner entgegen ihrer bisherigen Gesinnung, in den Naziversammlungen die Politik der S.P.D. zu vertreten. Als aber nun die Nazis eine öffentliche Versammlung veranstalteten, da war es mit dem „Uebel“ bei den Reichsbannermitgliedern wieder vorbei, und in der Versammlung selbst war weder die S.P.D. noch das Reichsbanner vertreten. Als am anderen Tage unsere Genossen einen Reichsbannermann zur Rede stellten, erklärte dieser, daß das Reichsbanner ja nur ganze 30 Mann zählt und von diesen der größte Teil Angst hat, in einer Nazi-Versammlung aufzutreten. Diese Tatsache sollte die ehrlichen Proleten veranlassen, aus den Reihen der Hörjüng-Verde auszuscheiden und sich einzureihen in den Kampfband gegen den Faschismus, um auf diese Weise erfolgreich die braune Mordpest zu beseitigen.

Landeshut
Prügelmethoden in der evangelischen Altstadttschule

Wie uns von glaubwürdiger Seite mitgeteilt wird, wendet der Lehrer Stein an der obgenannten Schule Methoden an, die die schärfste Kritik herausfordern. So hat dieser „Jugendbildner“ vorige Woche aus ganz richtigen Gründen ein 15-jähriges siebenjähriges Kind demotiviert auf den Kopf geschlagen, daß noch tagelang nachher Spuren davon zu sehen waren. Genannten Jungen des Vorfalls, der sich auf dem Schulhof abspielte, und die den Prügelpädagogen zur Rede stellten, verbot er einfach den Schulplatz. Wir legen gegen diese Methoden am Arbeiterindern den schärfsten Protest ein. Wir halten uns dazu um so mehr bedingt, weil kaum ein Zweifel darüber besteht, daß sich Herr Stein diese Methoden vor allen Dingen bei freigeistigen Kindern herausnimmt. Wir verlangen daher von der Schulaufsichtsbehörde und dem Elternrat, daß dem Lehrer Stein beigebracht wird, daß er seine Lust zum Prügeln nicht an Proletenkindern auszutoben habe.

Greiffenberg
Stadtverordnetenversammlung

In der ersten diesjährigen Stadtverordnetenversammlung fanden u. a. auch Anträge der Greiffenberger Erwerbslosen, Ausgesteuerten und Kurzarbeiter zur Verhandlung. Diese Anträge verlangten:

1. Beihilfe zu den Wohnungsmieten,
2. freie Belieferung von 5 Kilowatt elektrischen Stroms bzw. 10 Kubikmeter Gas,
3. Bereitstellung einesheizbaren Raumes zwecks Abhaltung von Versammlungen der Arbeitslosen,
4. Steinkohle und Brennstoffe,
5. Erlass der Zählermiete,
6. Herabsetzung der Eintrittspreise für die Erwerbslosen im hiesigen Kino.

In Anbetracht dieser Forderungen waren auch alle Stadtverordneten zur Sitzung erschienen. Im Zuhörerraum wimmelte es von Arbeitslosen und Kurzarbeitern, so daß die wenigen Sitzplätze bald besetzt waren, währenddessen die anderen dichtgedrängt stehenbleiben mußten. Viele mußten draußen bleiben, da der Zuhörerraum die Massen nicht aufnehmen konnte.

Der Vorsitzende Thiele leitete die Sitzung mit einem Schluß ein, von dem die Anwesenden aber weder froh noch satt gemordet sind. Unsere Anträge wurden in folgender Weise „erledigt“: Mietenzuschüsse sowie freie Belieferung von Gas und Elektrizität werden nur in besonderen Fällen gewährt. Die Vergabe einesheizbaren Raumes für die Erwerbslosen wurde abgelehnt, weil nach Auffassung des Bürgermeisters dort kommunikative Organe ihr Unwesen treiben könnten. Die Belieferung der Arbeitslosen mit Kohlen ist in Aussicht genommen. Ueber den Erlass der Zählermiete sowie die Herabsetzung der Eintrittspreise in den Kinos soll noch verhandelt werden.

Was also in dieser ersten Sitzung für die Erwerbslosen herausgekommen ist, ist sehr dürftig. Unser Genosse Reiche brachte dies in einer wirkungsvollen Rede auch zum Ausdruck. Er rechnete in seinen Ausführungen mit den Arbeiterfeinden im Magistrat und unter den Stadtverordneten scharf ab und zog natürlich die allgemeine Politik der Brüning-Regierung in seine Kritik ein. Diese Abrechnung packte den Herrschaften nicht, und als Genosse Reiche gar von den Bettelstücken des „Vaterländischen Frauenvereins“ sprach, da brach sogar ein kleiner „Sturm“ los. Ebenso war es bei der Beleuchtung der sogenannten „christlichen Nächstenliebe“ und der Pfaffen durch Genossen Reiche. Die Zuhörer aber klatschten Beifall, weil sie empfanden, daß die Abrechnung unseres Genossen nur zu berechtigt war. Ebenso begrüßten sie es, daß unser Genosse ankündigte, den Kampf so lange zu führen, bis alle Forderungen erfüllt seien.

So hat schon diese erste Sitzung den Greiffenberger Arbeiter gezeigt, daß sie nur dann ihrer weiteren Verelendung wirksam begegnen können, wenn sie sich noch enger als bisher zusammenschließen und die kommunistische Partei in ihrem Kampfe unterstützen. Das können sie am besten, wenn sie selbst der Partei beitreten.

Niederschlesien

Das Wohlfahrtsamt Görlitz im Scheinwerfer

Es ist notwendig, wieder einmal die Praktiken des hiesigen Wohlfahrtsamtes etwas zu beleuchten.

Wenn man den Namen Wohlfahrtsamt hört, denkt unwillkürlich man an eine wohltätige, man habe es mit einer Institution zu tun, die das Wohl und Wehe der Bevölkerung im Auge hat. Dem ist aber nicht so. Vielmehr handelt es sich um ein Amt, das nach eigenem Gutdünken und antiken eine Willkür, die jedes soziale Verständnis für die Lage der Unterdrückten vermissen läßt. Die täglichen Ausfälle sind das beste Beispiel dafür. Wenn sich einmal ein Unterstützungsgeldempfänger ein paar Pfennige zu seiner erbärmlichen Unterstützungsgeldverdient, um keine elende Lage ein wenig zu bessern, so wird dem Erwerblosen von der Unterstützung fast der ganze Betrag abgezogen, den der Erwerblose verdient hat. Es scheint fast so, als ob man die Erwerblosen mit Gewalt in die vollständige Verelendung treiben wollte. Ein verheirateter Kellner wurde beim Wohlfahrtsamt vorgeladen, um sich einen Betrag zur Ergänzung seiner Familienbedürfnisse zu erbitten. Sein Antrag wurde mit der „Begründung“ abgelehnt, daß er sich das Geld für seine Verursachungen im Rarpen-grunde durch Holzhand verdienen könne. Man mutete ihm also zu, für neun Mark die Woche zu arbeiten. Es ist fast unglaublich, aber eine Tatsache, er soll sich also von diesem Gelde Verursachungen machen und außerdem noch seine Familie erhalten. Diese unsoziale Behandlung der Beamten der Stadt ist nur daraus zu erklären, daß dieselben infolge ihres hohen Gehalts für die Not des Volkes nicht das geringste Verständnis haben. Auch denjenigen Erwerblosen, die beim letzten Schneefall auswärts bei der Straßenreinigung eingesetzt waren, hat man fast die gesamte Unterstützung, weil sie sich ja etwas verdient hatten, abgezogen.

Man ging sogar so weit, den Wohlfahrtsempfängern ihre Unterstützungskarten abzunehmen.

Während man von Seiten des unsozialen Wohlfahrtsamtes den Erwerblosen jeden Pfennig abzieht, wo es nur irgend geht, verteilt man mit beschämender Miene Bettelstuppen einer sogenannten Wohlfahrt. Es ist höchste Zeit, daß auf dem Wohlfahrtsamt einmal gründlich aufgemischt wird. Das wird in dem Moment geschehen, wenn alle Klassen und Unterdrückten sich zusammenschließen und Schluß machen werden mit diesem verfaulenden System, das sie zum Hungertode verurteilt.

Kaufung
Vorstoß der Nazis abgewiesen

Die letzte Naziversammlung zeigte, daß die kaufung Arbeitererschaft entschlossen ist, den braunen Mordhandlaren das Handwerk zu legen. Dazu hat wesentlich ein Vorfall beigetragen, der sich in J a n n o w i t z im hiesigen Kreise zugetragen hat. Dort hatte die Hitler-Verband eine S.P.D.-Versammlung überfallen, und es gab auf beiden Seiten Verletzte. Leider soll sich ein großer Teil der S.P.D.- und Reichsbannerleute nicht sehr mutig gezeigt haben, woraus hoffentlich die S.P.D.-Arbeiter die richtigen Lehren ziehen werden. Gegen

einen Jungarbeiter, der an der Attade beteiligt war, scheint man jetzt obendrein noch gerichtliche vorgehen zu wollen, denn er hat bereits eine Vorladung erhalten.

Nun zu der Versammlung selbst. Als die Nazis von Schönau ankamen, wurden sie entsprechend empfangen. Die Nazis aus Kaufung selbst waren aus Angst überhaupt nicht zu der Versammlung erschienen. Im ganzen werden an die 20 Nazis anwesend gewesen sein. Dafür aber waren Hunderte von Arbeitern zur Stelle, die schon vor dem Dolch der Nazipest ihre Betrachtung zum Ausdruck

Wettbewerb Liegnitz-Görlitz!

Liegnitz hält die Spitze! Wenn Görlitz mitkommen will, so muß es seine besten Kräfte zur Organisierung schleunigst ins Feld führen. Aber auch Liegnitz darf nicht ruhen, um sich vor Ueberrassungen durch die Görlitzer zu sichern, denn auch Görlitz verfügt über gute Kräfte.

brachten. Der Nazunternehmerlakai D a c h m a n n erklärte schon vor der Versammlung: „Kommunisten werden als Sprecher nicht zugelassen.“ Nur der Landjägergarde haben die Nazis es zu verdanken, daß sie nicht mit Proletenstößen Bekanntschaft machten.

Telephonisch waren auch die Bolkshainer Nazis, die in Ketschdorf eine Versammlung abhalten wollten, aber keine Zuhörer fanden, nach Kaufung herbeigeht worden. Auch diese Gesellschaft wurde bei ihrem Einzug gebührend empfangen. Schließlich konnte ein Nazigutsherr unter dem Schutze der Landjäger und andauernden Protestkräften der anwesenden Kommunisten seinen Kohl verjapfen. Er erreichte aber nur, daß sechs Naziarbeiter erkannten, daß sie in die falsche Front geraten waren, und deshalb erklärten sie ihren Austritt.

Unter den Landjägern verjuchten einzelne durch Provokationen die Arbeiter zu reizen, aber es gelang ihnen nicht. So hat die Nazigesellschaft in Kaufung erleben müssen, daß es hier für sie nichts zu ergattern gibt. Die Arbeitererschaft aber darf natürlich trotzdem nicht einen Augenblick ruhen, sondern weiter für die Verstärkung der Kampffront gegen die braune Mordpest wirken. Am Sonnabend, dem 14. Februar, findet bei S c h l i n e r eine große Versammlung statt, in welcher der Genosse S c h u l z, Waldenburg, über den Faschismus sprechen wird. Die Arbeitererschaft muß dafür Sorge tragen, daß die Versammlung sich zu einer wichtigen Kundgebung gegen den Faschismus gestaltet.

Bunzlau
Proletarischer Abend

Sonnabend veranstaltet die Partei einen proletarischen Abend im Café „Zur Stadt Bunzlau“, um 20 Uhr, bestehend aus Rezitationen, Schach und Theater. Eintritt 20 und 40 Pfennig.

Erwerbslose als Sklaven nach Frankreich verschachert

Rüffel zum Internationalen Kampftag gegen Erwerbslosigkeit am 25. Februar

Wannheim, 5. Februar. (Eig. Bericht.) Unser Mannheimer Bruderorgan, die „Arbeiterzeitung“, veröffentlicht einen ausführlichen Artikel über unerhörte Arbeitsvermittlungsmethoden, bei denen deutsche Arbeitslose gezwungen werden, für unglückliche Löhne in Frankreich zu arbeiten.

In Aech am Rhein befindet sich die Zentralbörse dieses modernen Sklavenhandels. Aus den Orten Badens und Württembergs, ja sogar von Hamburg und Leipzig werden betrogene erwerbslose Proletarier durch deutsche Arbeitsämter nach Frankreich verschachert. Alle paar Tage ziehen Trupps von 40 „Kulis“ unter Führung des Kehler Arbeitsamtsbeamten Schmer über die Rheinbrücke. Bis jetzt sollen nicht weniger als 3200 Arbeiter auf diese Weise vermittelt worden sein.

Die Arbeiter werden auf Grund von Arbeitsverträgen in französischer Sprache zu mindestens sechsmonatiger Arbeitsleistung verpflichtet. In diesen Verträgen werden Löhne von 4 bis 6 Franks (etwa 84 bis 98 Pfennig) pro Stunde verprochen, aber bei der Ankunft am Arbeitsort nicht bezahlt. In Steinbrüchen, in Gruben, bei schmutzigsten Kanalarbeiten, bei Straßenbau, Ausrodung von Forsten usw. müssen diese betrogenen Proletarier schufteln für 2 bis 3,20 Franks, das sind also 32 bis 50 Pfennig pro Stunde. Untergebracht sind sie fast ausnahmslos in Eisenbahnviehwagen, in denen sie zu acht Personen auf Strohsäcken schlafen müssen.

Sanitäre Einrichtungen fehlen vollständig. Es werden Ueberstunden in unbegrenztem Ausmaß verlangt, so daß durchschnittlich 12 bis 13 Stunden täglich gearbeitet wird.

Dieser unerhörte Betrug an Tausenden von Arbeitslosen wird durch die Arbeitsämter dadurch unterstützt, daß sie nicht nur die wirklichen Tatsachen verheimlichen, sondern jeden Arbeiter auch die kleinste Unterstützung verweigern, wenn er diese Dreiarbeit hinwirft.

Im Völkerbund werden große Lüge über Sklavenhandel in Liberia geschwungen. Aber in Deutschland geschieht es, daß Behörden die Erwerbslosen an räuberische Unternehmer jenseits der Grenze verschachern, um die Hungerpennige an Unterstützung einzusparen. Kein SPD-Blatt, auch kein Naziblatt, kein Blatt des „christlichen“ Zentrums hat es bisher für nötig befunden, über diesen Skandal auch nur ein Wort zu verlieren. Diese Methoden sind eine einzigartige Illustration zu dem Programm Brünnings und Dietrichs, die sozialen Ausgaben zu senken und zu beseitigen. Nicht allein die Arbeitslosen, sondern die gesamte Arbeiterschaft muß am 25. Februar, dem Weltkampftag gegen das Arbeitslosenelement, in Massen aufmarschieren gegen dieses ausbeuterische System. Die kommunistische Partei ist die einzige, die durch Beseitigung des kapitalistischen Systems der Arbeiterschaft die Befreiung bringt.

„Der Bolschewismus — das Idealbild der Massen!“

Die beispiellosen Erfolge des sozialistischen Aufbaus verfehen die Bourgeoisie in panischen Schrecken

Das Organ der Ruhrschichtkönige, die „Deutsche Bergwerkszeitung“, veröffentlicht einen Artikel einer „führenden Persönlichkeit der deutschen Holzindustrie“, unter dem bezeichnenden Titel „Russischer Ideen-Imperialismus. Eine Gefahr für Deutschland.“ Dieser Artikel, der nicht einzig dasteht, sondern zu den vielen Wehregungen über die Sowjetunion gehört, die in der letzten Zeit in bürgerlichen Zeitungen und Zeitschriften erschienen sind, ist charakteristisch für das geradezu panische Entsetzen, das viele Kreise des Unternehmertums angesichts der gewaltigen Erfolge des Fünfjahresplans erfährt.

Bisher begnügt sich die bürgerliche Presse damit, die um den weißgardistischen und menschenwärtlichen Lügenzentralen verbreiteten Schwindelmeldungen und Verleumdungen über die Sowjetunion zu veröffentlichen.

„Man schreie aber nichts“, bemerkt der „führende Holzindustrielle“ in der „Bergwerkszeitung“ — „über die politischen Werte, die die Sowjets inzwischen geschaffen hatten, und erzeugte dadurch im Leser den verhängnisvollen Eindruck, als ob Rußland bis zum heutigen Tage nicht ernst zu nehmen wäre. Diese Einstellung ist ebenso falsch wie gefährlich.“

„Die Zeitungen brachten Berichte über das Fehlschlagen russischer Pläne, brachten Berichte über unüberwindlich scheinende Schwierigkeiten bei der Ausführung dieser Pläne, brachten Berichte über das schreckliche Los des russischen Arbeiters. Was wir aber nicht lasen, war, daß der Bolschewismus, das Idealbild unserer kommunistischen und vielleicht zum großen Teil auch unserer sozialdemokratischen Arbeiter (1), sich langsam, aber mit absolut folgerichtiger Klarheit, zu einem gegenständig eingestellten Staatswesen entwickelte!“

Als Rußland mit dem Fünfjahresplan vor die Öffentlichkeit trat, glaubten die wenigsten Menschen an seine Durchführbarkeit. Es wurde hierbei übersehen, daß dieser Plan zunächst nur mittelbar von Rußland selbst ausgeführt werden mußte und daß die westeuropäischen und amerikanischen Firmen dazu ausersehen waren — ohne je ihre zweideutige Mission zu erkennen — den russischen Staat zu gefährlichsten Konkurrenten ihrer selbst heranzuwachsen zu lassen. Hinzukommt die Abschaffung der Feiertage und die auf diese Weise geschaffenen etwa 55 Arbeitstage im Verlaufe eines Jahres, die es heute Rußland ermöglichen, seinen Fünfjahresplan bereits in vier Jahren zur Durchführung zu bringen.“

Diese notgedrungene Anerkennung des Siegeszugs des Sozialismus in der Sowjetunion läßt dem anonymen Mitarbeiter der „Bergwerkszeitung“ das Blut in den Adern stocken. Er ist aber klug genug, um die historische Perspektive des Sieges des Sozialismus auf einem Sechstel der Erde zu erkennen, er erblickt in der Sowjetunion, in der die Massen mit einem beispiellosen Enthusiasmus eine neue Welt ohne Ausbeutung und ohne Kapitalisten aufbauen, eine Welt, in der die Produktion in der Perspektive schrankenloser Erweiterung fähig ist, der gleichzeitiger fortschreitender Verbesserung des Lebensniveaus der Massen — in dieser Welt erblickt unser Kapitalist nur den unheimlichen „Konkurrenten“.

Und er sticht darum das alte, schon ziemlich verbrauchte Schlagwort von dem „Sowjetdumpling“ wieder auf, das eine der Hauptvorwände liefern soll für alle sowjetfeindlichen Aktionen und für die Unternehmerrangriffe gegen die Arbeiterschaft in der nächsten Zukunft.

Der Holzindustrielle der „Deutschen Bergwerkszeitung“ nimmt kein Blatt vor den Mund. Er entwickelt mit aller Klarheit das Programm des deutschen Unternehmertums, zu dessen „Begründung“ diesmal die „Schmutzkonzurrenz“ der Sowjetunion herhalten muß:

„Wenn wir aus Vordringendem ersehen haben, welcher Gefahr die westeuropäischen Märkte, insbesondere die Wirtschaft Deutschlands, für die kommende Zeit ausgesetzt sind, so müßten dringendst Mittel und Wege gefunden werden, um dieser Gefahr zu begegnen. Erste Notwendigkeit wäre die erhebliche Senkung der Selbstkosten in jedem Betrieb und in jeder Branche. Diese Möglichkeit der Selbstkostenreduzierung ist insofern nur ge-

geben bei weitestgehendem Abbau der Steuern und sozialen Lasten, Senkung des derzeitigen Lohn- und Lebensniveaus und Senkung der Tributzahlungen, die heute die Kaufkraft und damit den für die Wirtschaft notwendigen Bedarf des deutschen Volkes — insbesondere der Landwirtschaft — erdroffeln.“

Unser Holzindustrieller drängt auf möglichst rasche und durchgreifende Verwirklichung dieses Programms. Denn das „wird in sehr kurzer Zeit nicht mehr möglich sein“. Der Kapitalist fürchtet die werbende und überzeugende Kraft des russischen Beispiels. Wenn der Sozialismus wie bisher seinen Siegeszug fortsetzt, wenn der Fünfjahresplan in vier Jahren durchgeführt ist — dann — fürchtet unser Holzkapitalist — werde „es nicht mehr möglich sein, den arbeitslosen Massen darzutun, wie sehr sie das Opfer der von ihnen vergötterten Ideengänge des Bolschewismus und Kommunismus geworden sind, da dann diese Massen ein derartiges Uebergewicht bekommen haben werden, daß die Andersdenkenden wie Prediger in der Wüste wirken.“

Kampf dem Mordfaschismus!

Genosse Kemmele rechnet mit der Partei des faschistischen Arbeitermordes ab — „Nicht klagen, sondern weiterkämpfen!“

Berlin, 5. Februar. In zwei überfüllten Protestversammlungen gegen den faschistischen Arbeitermord, sprach

Genosse Kemmele,

von der Versammlung mit stürmischem Beifall begrüßt. Seine flammende Rede wurde eine scharfe Abrechnung mit den Faschisten und ihren Wegbereitern, der Sozialdemokratie. Genosse Kemmele sagte u. a.:

„Wir klagen nicht. Der Feind soll wissen, daß jeder Mord an unseren Brüdern sich gegen ihn selbst wendet. Wir werden noch härter, noch überzeugter, daß dieses volksfeindliche System, das in seiner Ausweglosigkeit keinen Raum mehr hat für das Leben des Proletariats, im Kampf überwunden werden muß. Diejenigen aber, die die Mordwaffen dirigieren, die Führer der Nationalsozialisten und ihre gedungenen Mörder, sie sollen wissen, daß das Proletariat, dem die Zukunft gehört, im kommenden Sowjetdeutschland keine Gnade für sie kennen wird. So wenig wie bisher die Bourgeoisie und ihre sozialfaschistischen Lakaien den Vormarsch des Bolschewismus ins Herz Europas, nach Deutschland, aufhalten konnten, so wenig wird es dem Mordfaschismus gelingen.“

Wir sind uns darüber klar, daß dieser vereinte Terror, der von den Nationalsozialisten und von der bewaffneten Macht gegen uns ausgeht, bereits erste Bürgerkriegsercheinungen in Deutschland sind. Die da glauben die Millionen des deutschen Proletariats zu Sklaven eines faschistischen Systems machen zu können, sie werden erfahren, daß die Fäuste der Proletarier härter sind und der Wille zum Sieg unbeugbarer. Unser Weg kann nur der des russischen Bolschewismus sein. (Anhaltender Beifall.)

Emma Grüneberg,

die Schwester des ermordeten Genossen, eine junge Proletarin, die bisher unorganisiert war, hat als Antwort auf die feige Ermordung ihres Bruders ihren Eintritt in den kommunistischen Jugendverband vollzogen. Sie richtet an die Versammlung die ermahnenden Worte ihres toten Bruders:

„Ich will nur sagen, ihr handelt nicht in seinem Sinne, wenn ihr um die Ermordeten trauert. Sein Wille war es,

SA-Menterei in Hanau

Sturm auf das Parteibüro — Der Bezirksleiter verprügelt

Hanau, 5. Februar. (Eig. Bericht.) In Hanau hat die SA gegen den dortigen Ortsvorstand der nationalsozialistischen Partei gementert. Die SA-Menterei waren mit ihrer Bezahlung nicht zufrieden und verlangten einen höheren Sold. Die SA-Menterei stürmten auf das Parteibüro und warfen das Ortsvorstandsmitglied Peter auf die Straße. Der ebenfalls anwesende Bezirksleiter Womeris wurde über den Tisch gelegt und regelrecht verprügelt. Darauf wandte sich Peter an die Frankfurter Gauleitung, die eine 21 Mann starke SA-Abteilung nach Hanau entsandte und die das Parteibüro von den Hanauer SA-Menterei übernahm. Die Hanauer SA konnte das Büro noch mal erobern, doch kamen schließlich die Frankfurter mit größerer Uebermacht und besetzten das Büro dauernd.

Diese Vorgänge zeigen die Zerlegung im Nazilager. Aber wie in Berlin werden auch in Hanau die Naziführer versuchen, dieser Zerlegung Herr zu werden durch Erhöhung ihres Soldes und durch noch schärfere Aufsehung ihrer SA-Garden gegen die Arbeiterschaft. Bei den verstorbenen Elementen, die im heimtückischen Niedermekeln von Arbeitern einen beliebigen „Sport“ erbliden, wird ihnen dies ohne Zweifel gelingen. Diesen Mordgehilfen wird das Proletariat keinen Gedenken geben. Den irreführenden Proletariern der Nazi-Partei aber rufen wir zu: Heraus aus der Partei des faschistischen Arbeitermordes!

Sozialreaktionäre Einheitsfront von SPD bis Nazis

Wohlfahrtsabstimmungen im Landtag

Im Preussischen Landtag wurden die Anträge zum Wohlfahrtsset durchgepeitscht. Die kommunistische Fraktion hatte zum Wohlfahrtsset zahlreiche Anträge gestellt, die von einer Einheitsfront von SPD bis zur äußersten Rechten abgelehnt wurden. So stimmte die sozialfaschistisch-bürgerliche Reaktion gegen Erhöhung des Betrages zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, gegen Verbilligung von 2 Millionen Mark zur Bekämpfung von Krebskrankheit, gegen die Bewilligung von 25 Millionen Mark zur Bekämpfung der Tuberkulose und gegen 25 Millionen Mark zur Unterstützung mittellose Mütter. So wurde eine Verbesserung nach der anderen abgelehnt. Die Sozialfaschisten blieben immer in ständiger Einheitsfront mit der Reaktion.

Die Kommunisten forderten 100 Millionen Mark für die Wohlfahrts- und Unterstützungsempfänger gegen 25 Millionen Mark, die bisher eingesetzt waren und die eine glatte Verbesserung der Arbeitslosen darstellten. Auch dieser Antrag verfiel der Ablehnung. Die Forderungen, die oppositionellen Sportler genau so wie die übrigen Sportorganisationen zu behandeln und ihnen die gleichen Vergünstigungen zu gewähren, wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Den Schluß der ganzen Komödie bildete der Antrag eines SPD-Abgeordneten, alle Anträge zur Wohnungsfrage dem Wohnungsausschuß zu überweisen, um sie dort vorläufig zu begraben.

In Lodz wurden 850 Mitglieder des Kongresses der polnischen linksradikalen Sozialisten unter dem Verdacht kommunistischer Werbetätigkeit verhaftet.

nach Friedrichsfelde zu gehen, wo unsere großen Führer Liebknecht und Luxemburg...“

Hier kann die Schwester vor Tränen nicht weiterprechen. Nach einigen Minuten fährt sie fort:

„Ihr müßt ihn rächen. Nicht trauern, kämpfen müssen wir alle, und deshalb hinein in den Kampf gegen den Faschismus! Hinein in die kommunistische Partei! Hinein in den kommunistischen Jugend-Verband!“

„Rache!“ geht es aus dem Zuschauerraum. „Rache!“ antwortet es aus hundertsten Reihen, und Proletenfäuste ballen sich zum Schwur.

Kommunistischer Stadtrat in München wegen „Hochverrats“ verhaftet

München, 5. Februar. Heute früh wurde der Genosse Huber, Stadtrat in München, wegen angeblichen Hochverrats festgenommen. Genosse Huber soll im Münchener Stadtparlament, bei der Verhandlung von Erwerbslosenfragen, angeblich „zum bewaffneten Aufstand und zum Sturz der kapitalistischen Republik“ aufgefordert haben. Ihm wurde das Wort entzogen und es kam zu einem großen Krach. Die Erwerbslosen auf der Tribüne brachen in spontane Sympathie Kundgebungen für den Genossen Huber aus, so daß die Tribüne geräumt wurde. Nunmehr soll dem Genossen Huber ein Hochverratsprozeß angehängt werden.

Lohnvereinbarung gegen Buchdrucker-Buchbinder

(M.) Berlin, 5. Februar. Für die Buchdrucker-Buchbinder ist durch Schiedspruch der Spitzenkassenlohn von 1,14 Mark auf 1,07 Mark mit Wirkung bis zum 12. August 1931 herabgesetzt worden. Wie zwischen den Tarifparteien vorher vereinbart wurde, ist dieser Satz für die Dauer...

LIEBICH
Otto Reutler
 und 8
 Variété-Neuheiten
 Täglich 8.15
 Sonntag und 8.15 Uhr

Vereinigte Theater
Lobe-Theater
 Sonnabend, 7. 2., 20.15 Uhr
Souper
 Sonntag, 8. 2., 15.30 Uhr
Katharina Knie
 Sonntag, Montag, 20.15 Uhr
Souper

Thalia-Theater
 Sonnabend, 7. 2., 20.15 Uhr
Ein Volksfeind
 Sonntag, 8. 2., 15.30 Uhr
Das Kongo X
 Sonntag, Montag, 20.15 Uhr
Ein Volksfeind

Zentral-Theater
 Breslau VI, Westendstraße 50
 Bis Donnerstag, d. 12. Februar bringen wir
 wiederum eine der schönsten
 deutschen Tonfilm-Operetten

**Leutnant warst Du einst
 bei den Husaren**
 Ein Film nach dem bekannten
 Scherzgedicht voll Spannung
 Humor u. Liebe in den Hauptrollen
Mady Christina — Gustav Dlessl
Georg Alexander

Dazu im Beiprogramm:
 unter Beileitung der Hauskapelle
Dolores del Rio in
Evangeline
 Das Schicksal einer großen Frauen-
 liebe - Ein Film fesselndster Dramatik
 Auf der Bühne:
Sady & Juliano
 Uppereichte Balance- u. Elastic-Attraktion

Capitol Streifen
 Von Sonnabend bis Donnerstag
„Das Land des Lächelns“
 Ein Richard-Tauber
Groß-Tonfilm

Wußten Sie schon?
 daß Sie in
Geldnot
 sofort — reich — diskret
Bargeld
 in jeder Höhe aus Pfänden erhalten
 im behördlich konzessionierten
Leihhaus Richter
 Neudorfstr. 29, 1. Etg. Tel. 34676
 Geöffnet von 8-7 Uhr

Bäckerei und Konditorei
Johannes Stober
 Hetmannstraße 2

Verkauf von
Möbeln u. Stühlen
 aller Art
 von einfachsten bis zum ge-
 meinsten Genre besichtigen
 Sie bitte völlig unverbindlich
 unserer reichhaltig. Fabrik ager
 Sie werden dort bestens und
 billigst bedient Teilz. gestattet.

Bieger & Dührig, Breslau
 Stühle u. Möbel detail, en gros
 Geschäft: Matthiasstr. 107
 Fabriklager: Weinbergweg 18-20

Adolf Weiß
 Malzstraße 13
 Fernruf 2566

Volksfürsorge
 Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche
 Versicherungsaktiengesellschaft
 Hamburg 5

Größte Volksversicherungsgesellschaft Deutschlands
 Gegenwärtig rund 2,2 Millionen Ver-
 sicherte mit:
 950 Millionen RM. Versicherungssumme,
 125 Millionen RM. Vermögen, davon
 Eigentum der Versicherten:
 Prämienreserve: über 85 Millionen RM.
 Gewinnanteile: über 20 Millionen RM.
 zusammen über 105 Millionen RM.
 Versicherungsleistungen: über 11 Mill. RM.
 seit November 1923 (Ene der Inflation).

Nähere Auskunft erteilen die Rechnungsstellen:
Görlitz, Mittelsstraße 36 II. (Vorderhaus)
Köln, Driesdener Straße 14 II
Senftenberg, Güterbahnstraße 9
Sagan, F. Schendörfer Straße 25 — oder der
 Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Aister 57/61

Bäckerei u. Konditorei
Max Deichsel
 Breslau, Friedrichstraße 6

Herzberg & Co.
 Höfchenstraße 48 Blücherplatz 17
 Leuthenstraße 10 Klosterstraße 64
 Seltenstraße 17 Michaelstr. 3
 Frankfurter Str. 103, geg. d. Schlachthof

Bieren an vom Faß:
 Breslauer 32° = 2.85
 Weinbrand-Verschnitt 38° = 3.45
 Weinbrand echt 38° = 4.40
 Garantiert aus reinem franz. Wein
 Jam.-Rom-Verschnitt 3.60

Weine u. Obstweine v. Faß
 Apfelwein süß per Liter 0.65
 Heidelbeerwein süß 0.85
 Johannisbeerwein süß 0.75
 Rot- und Rheinwein 1.30
 Muskateller 1.00
 Wermutwein 1.00
 Tarragona 1.20
 Malaga 1.30
 Ungar. Süßwein 1.50

98° Prima Sprit 7.00
 Gebirgshimbeersaft per Liter 1.20

Tafel-Liköre einzl. Flasche
 Meisterwerke der Destillierkunst
 Curacao, Goldwasser, Himbeere,
 Creme de cacao, Stensdorfer, Alibi,
 Pachermandar, Rose, Prunelle, Sherrn
 brandy, Kurthst. Magen, Halb und
 Halb etc.

30° Mk. 3.10 35° Mk. 3.60

Billiger Verkauf von Fleisch- und Wurstwaren

Schweinefleisch 0.85 Pf.
 Schmalbraten u. Schulter 0.80
 Schweinefleisch 1.00 Pf.
 Schmalbraten 1.30
 Kalbfleisch m. Kn. 0.80 u. 1.00 an
 Kalbfleisch 1.30 an
 Kalbfleisch ohne Kn. — u. — Pf.
 Rouladen — u. — Pf.
 Suppenfleisch 0.70 — 0.90
 Rindfleisch ohne Kn. 1.00 — 1.20
 Bistelfleisch 0.50 an
 Rinderfleisch 0.90 an
 Rinder Speck 0.75 Pf.
 Rinder Speck 0.80 u. 0.90
 Zungefleisch 0.70
 Aufgeschlagenes Schweine-
 und Griebenett Pf. 0.80
 Geräucherter Borden Pf. 0.75
 Frische Borden 0.65, geröst. Borden — Pf.
 Gurlich u. 0.75 an, Gehacktes v. 0.70 an
 Gepökelte Eisbeine Pf. 0.75 Pf.
 Frische Schweinsfüße 0.40
 Jambonmurr Pf. 0.90 — 1.20
 Mettmurr 1/4 Pf. 0.20
 Rindsalami 1/4 Pf. 0.25
 Brühwürst 1/4 Pf. 0.21
 Nostalidella 1/4 Pf. 0.25
 Braunschweiger 1/4 Pf. 0.20 — 0.30
 Trolballe Pf. 0.10 — 0.30
 Leberwürst 1/4 Pf. 0.15 — 0.35
 Leberwürst 1/4 Pf. 0.15 — 0.35
 Frühstückspeck 1/4 Pf. 0.35
 Brühwürst 1/4 Pf. 0.30
 Geocher Schinken 1/4 Pf. 0.40
 Hoher Schinken 1/4 Pf. 0.40
 Knoblauchwürst Pf. 0.60 — 0.80
 Boonische 0.10 — 0.80
 H. Aufschnitt 1/4 Pf. 0.25 und 0.35
 Geräuch. u. weiße Brühwürst Pf. 0.20 an
 Frische Wiener Paar 0.10 Pf.

Hier!
billige
Preise
 für
gute
Qualitäten

Weiße
Oberhemden **3⁹⁰**
 durchgehend mit
 Glanzstreifen

Herren-
Socken **75** Pf.
 Wolle plattiert,
 moderne Muster

Damen-
Strümpfe **1⁴⁵**
 Wäschkunstseide,
 plattiert, gute Strapazier-
 Qualität, neue Farben

Damen-
Strümpfe **1⁹⁵**
 Wolle mit Kunstseide,
 vorzügliche Qualität,
 warm und elegant

Prinzess-
Unterröcke **1⁴⁵**
 mit Kunstseiden-
 decke, innen
 warm gerauhlt,
 in vielen Farben

Damen-
Schlüpfer **1⁴⁵**
 starke Kunstseiden-
 decke, innen
 warm gerauhlt

Damen-Westen **7⁹⁰**
 mit Russenkragen, in
 neuesten Frühjahrs-
 farben

Herren-Pullover **4⁵⁰**
 und Lumberjacks mit
 Kragen in strapazier-
 fähiger Qualität, ge-
 deckte Muster

Knaben-
Sweater mit Um-
 legekragen, schwere
 Strapazier-Qualität,
 Größe für 3-4 Jahre
 Jede weitere Größe 50 Pfennig mehr **2⁵⁰**

TIEF
 Faschings-
 Kostüme u.
 Artikel weit
 unter Preis!

TIEF
 Breslau, Ohlauer Str. 71-73, Tel. 56854

Tüchtige Genossen
 finden lohnenden Nebenverdienst
 durch Werbearbeit
 Zuschriften an die Verlagsleitung der
Arbeiter-Zeitung
 in Breslau X, Trebnitzer Str. 50

Die Försterchristi
 Ab Freitag,
 täglich 4, 8, 8¹⁰ Uhr
 Sonntag
 2, 4, 8, 8¹⁰ Uhr

Union-Theater, Görlitz

Max Schönfelders
billigste
Labnummittel-Waare
 wird, solange Bestände reichen, bzw. neu aufgefällt
 werden können, fortgesetzt.
 In dem angezeigten Sonderangeboten sei gesagt:
Kakao-Pulver, garantiert rein,
 konnte ich erneut
5000 Pfd. hinzukaufen.
 Ich biete an:
 1 Pfd. Haushalt-Kakao — 60 M.
 3 Pfd. 1.75 M., 5 Pfd. 2.35 M., 10 Pfd. 5.50 M.
 Niemand sollte dieses wirklich günstige Angebot un-
 benutzt lassen. Mit wie wenig Geld kann man den
 Seinen einen geschmeckernden Frühstücks-, Nach-
 mittags- und Abendtrank bereiten.
 Ebenso
Biod-Schokolade,
 garantiert rein Kakao und Zucker,
 1-Pfd.-Mod. — 60 M., 3 Pfd. 2.35 M., 5 Pfd. 3.75 M.,
 10 Pfd. 7.40 M.
Max Schönfelders Schmelz-Schokolade
 wunderbarste Speise- und Dessert-Schokolade,
 1 8 10 25 50 100 Tafeln
 — 28 — 78 2.60 6.25 12.— 23.— M.
 In meiner Sonder-Abteilung
Wurstwaren
Ia. allerbeste Wiener Würstchen,
 1 Paar 10 Pfd., 10 Paar nur 98 Pf.
Prima Leberwurst in Würstchen zu ca. 200 Gr.,
 Stück 25 Pf.
Prima Brühwurst in Würstchen zu ca. 300 Gr.,
 Stück 48 Pf.
Prima Frankfurter in Würstchen zu 150-170 Gr.,
 Stück 48 Pf.
Prima Salami, weich, in Würstchen zu 150-170 Gr.,
 Stück 48 Pf.
Prima Mettwurst in Würstchen zu 150-170 Gr.,
 Stück 48 Pf.
Ia. Prima Breslauer Brühwurst, 2 Paar nur 48 Pf.
Unerbittliches Nierenfett, ganz frische Ware,
 der 1-Pfd.-Beutel 48 Pf.
Unerbittliches deutsches Wurstfett, Delikatessware,
 der 1-Pfd.-Beutel 48 Pf.
 Soeben eingetroffen:
große Posten
 1. **Pommerische Feermurk**,
 prima prima Aufstrichwurst, das Pfd. 1.48 M.
 2. **Altonaer Biermurk**, das Pfd. 1.30 M.
 3. **Prima Biodwurst**, 1 Pfd. 1.58 M.
 4. **Prima Bauern-Mettwurst**, 1 Pfd. 1.10 M.
 5. **Ia. Prima Spritten**,
 das Netto-Pfd., 500 Gr., — 34 M.
 u. a. m.

Max Schönfelder
 Breslau I, Albrechtstraße Nr. 56
 Versand überallhin!

ARBEITER-SENDER
 ILLUSTRIRTE FUNKWOCHENSCHRIFT
 Telegramm
 Bestellen Sie sofort den Arbeiter-Sender bei jeder
 Postzeit
 Preis Ausgabe für den Reich 00 die
 Preis Ausgabe für Ostpreußen
 00 die (Inhalt) 00 die
 verlangen die Kosten der Postzeit von jeder
 Arbeiter-Sender Berlin an 00. 00. 00. 00. 00.